

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Kai-Olaf Lang

Trojanische Pferde der USA oder proeuropäische Atlantiker?

Die neuen Mitglieder der EU und ihr
Verhältnis zu Amerika

S 46
Dezember 2003
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2003

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen 5

Präferenz für Amerika 7

Die Gegenwart der Vergangenheit 7

Mentalität und Identität 8

Amerika als Symbol 9

Strategische Orientierungen 9

Transatlantische Solidarität 11

Amerika und die Macht der Machtlosen 11

Risiken europäischer Außenpolitik 13

Die Weiterentwicklung der ESVP 13

Transatlantische Beziehungen 17

Ostpolitik 17

Alternativen der Konfliktlösung 19

Nationale Besonderheiten im »neuen Europa« 21

Tschechische Republik 21

Slowakei 22

Slowenien 22

Ungarn 23

Baltische Staaten 23

Polen 24

Konsequenzen für die GASP 25

Das Gewicht der Beitrittsländer 25

Neue Allianzen? 25

Die atlantische Perspektive 26

Das Euro-Atlantische Fundament 27

Europäisierung 27

Ausblick 29

Abkürzungen 30

**Trojanische Pferde der USA oder
proeuropäische Atlantiker?
Die neuen Mitglieder der EU und ihr
Verhältnis zu Amerika**

Das Verhalten der ostmitteleuropäischen EU-Beitrittsländer im Vorfeld und während des Irak-Konflikts, ihre ostentative Loyalität zu Washington, ihre Solidarisierung mit den erklärt *atlantizistischen* Mitgliedstaaten der EU und die Unterstützung für das militärische Vorgehen gegen den Irak nährten Befürchtungen, die Aufnahme der Staaten des »Neuen Europa« könne die außenpolitische Kohärenz der Europäischen Union beeinträchtigen. Werden die neuen Mitglieder zu unnachgiebigen Proamerikanern oder setzen sich Tendenzen in Richtung Konvergenz und Europäisierung durch? Wird die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) durch die Erweiterung fragmentiert? Wird sich eine stärkere Polarisierung zwischen einem atlantisch und einem europäisch orientierten Lager einstellen?

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß es sich bei den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern nicht um Trojanische Pferde Amerikas, sondern eher um proeuropäisch orientierte Atlantiker handelt. Als solche sind sie nicht daran interessiert, Mitglieder einer durch europäisch-atlantische Differenzen strukturell gespaltenen EU zu werden. Vielmehr werden sie die Union auch bei der Entwicklung ihrer außen- und sicherheitspolitischen Dimension unterstützen, allerdings unter einer zentralen Voraussetzung: Europas Ambitionen bedürfen einer klaren transatlantischen Einbettung, das heißt verstärkte außen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Fähigkeiten Europas dürfen nicht auf eine Ausbalancierung der amerikanischen Position abzielen, sondern sollen zur Festigung der transatlantischen Beziehungen beitragen.

Schwierigkeiten für europäische Politik ergeben sich dann, wenn diese Voraussetzungen in den Augen der künftigen Mitglieder nicht gegeben sind. Viele ostmitteleuropäische Länder dürften sich daher auch in Zukunft einer wachsenden Autonomie der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik widersetzen. Andererseits gibt es Bereiche im europäisch-amerikanischen Verhältnis, in denen die neuen Mitglieder sich den Positionen vieler alter EU-Staaten weiter annähern werden.

Die Berücksichtigung folgender Schlußfolgerungen könnte dazu beitragen, die europäischen Komponenten in der Außenpolitik der Neumitglieder zu unterstützen beziehungsweise negative Auswirkungen auf die GASP zu dämpfen:

- ▶ Amerikas Politik war und ist mit den außen- und sicherheitspolitischen Erwartungen der ostmitteleuropäischen Länder nicht immer kongruent. Gerade der Umgang mit den östlichen Nachbarn verdeutlicht, daß Inkonsistenzen bestehen. In einigen Fragen sind die Positionen der Ostmitteleuropäer den europäischen näher als den amerikanischen. So präferiert Polen im Falle Weißrußlands eher den weichen Ansatz der europäischen Partner als eine harte Linie, wie sie zumindest von einigen amerikanischen Politikern verfolgt wird. Wenig Euphorie löst in den Beitrittsländern Amerikas *benign neglect* gegenüber der russischen Tschetschenien-Politik aus, während die aus Europa laut gewordene Kritik positiv registriert wird. Es würde sich lohnen, auf solche Inkonsistenzen hinzuweisen.
- ▶ Der Irak-Konflikt hat offengelegt, daß der Kurs uneingeschränkter Loyalität gegenüber den USA in allen Gesellschaften Ostmitteleuropas geringe Akzeptanz findet. Aus diesem Klima heraus könnten mittelfristig durchaus gesellschaftliche Milieus entstehen, die eine stärker europäische Sichtweise bevorzugen. Es wäre lohnenswert, mit ihren Exponenten frühzeitig ins Gespräch zu kommen.
- ▶ Eine Blockbildung in Ostmitteleuropa als Folge transatlantischer Präferenzen für die USA wäre nicht wünschenswert. Aus deutscher Sicht sollte daher neben dem zentralen Dialog mit Polen als dem wichtigsten Beitrittsland (etwa im Rahmen des Weimarer Dreiecks) die direkte Diskussion mit den kleineren, teils in ihrer atlantischen Orientierung flexiblen Ländern Ostmitteleuropas stehen, um deren spezifische Interessen zu berücksichtigen.
- ▶ Für die atlantisch eingestellten Beitrittsländer ist die Involvierung Großbritanniens in jedes sicherheitspolitische Vorhaben der EU in hohem Maße relevant. Die Einbindung Londons entkräftet die in Ostmitteleuropa weit verbreitete Furcht vor einer gegenüber den USA unabhängigen, emanzipatorischen Stoßrichtung. Entsprechend wird die Verankerung sicherheitspolitischer Vorstöße im Dreieck Paris-Berlin-London etwaige Ressentiments der neuen Mitglieder substantiell abschwächen.
- ▶ Sicherheitspolitische Teilgruppenbildungen oder deren potentielle Existenz könnten positiven Druck erzeugen. Derartige Vorhaben bringen die Beitritts-

länder in Zugzwang: Nur wenn sie ihr außen- und sicherheitspolitisches Verhalten GASP- und ESVP-kompatibel ausrichten, mindern sie das Risiko neuer Kernbildungen. Nehmen sie indes eine Verweigerungshaltung ein, laufen sie Gefahr, Länder wie Deutschland und Frankreich zu sicherheitspolitischen Projekten zu bewegen, an denen sie selbst nicht ohne weiteres teilnehmen können.

- ▶ Polen und andere Beitrittsländer sehen ihre Position in Europa durch den proamerikanischen Kurs in der Irak-Krise gestärkt. Es wäre problematisch, wenn sich dieses Bewußtsein festigen würde. Die außenpolitischen Eliten in den Beitrittsländern könnten hieraus ableiten, daß sich ein »Distinktionsgewinn« durch außenpolitischen Nonkonformismus erzielen ließe. Man könnte sich dazu veranlaßt sehen, auch in Zukunft unnachgiebiges Auftreten als Hebel zur Gewichtsaufwertung zu verwenden.
- ▶ Die Debatte über Sicherheit, Bedrohungswahrnehmung und Risikoeinschätzung mit den künftigen Mitgliedern muß ausgeweitet werden, wobei insbesondere Deutschland und Frankreich gefordert sind, einen intensiven und verstetigten Dialog aufzunehmen. Die Verankerung der ostmitteleuropäischen Länder in Nato und EU wird eine zunehmende Versachlichung der Perzeption Rußlands und des Ostens mit sich bringen, allerdings nicht zu einem Verblässen der diesbezüglichen Sensibilität führen. Insofern sollten sich die alten Mitglieder der EU der Anliegen der neuen in diesem Kontext annehmen. Das ist eine zentrale Voraussetzung dafür, daß die Beitrittsländer ihre Ostpolitik konstruktiv ausbauen und bereit sind, die Argumente ihrer europäischen Partner zu akzeptieren. Im Dialog mit den Neumitgliedern sollte dem Nutzen einer starken GASP und ESVP für diese Länder sowie den hieraus resultierenden positiven Aspekten für die transatlantischen Beziehungen, für die künftige Nachbarschaftspolitik und für den Umgang mit Rußland besonderer Stellenwert eingeräumt werden. Zu diesem Zwecke sollte insbesondere der Dialog auch im Umfeld der Politik ausgeweitet und verstetigt werden, was einer besseren gegenseitigen Kenntnis der außen- und sicherheitspolitischen *communities* sowie der jeweiligen Diskurse in den alten und neuen Mitgliedsländern zuträglich wäre.

Präferenz für Amerika

Das enge Verhältnis ostmitteleuropäischer Länder zu den Vereinigten Staaten resultiert aus dem Zusammenwirken mehrerer Determinanten. Im Zentrum des Amerika-Syndroms steht die Verflechtung historischer Erfahrungen insbesondere im 20. Jahrhundert mit einer prekären geopolitischen Lage und spezifischen Sicherheits- und Bedrohungsperzeptionen.

Die Gegenwart der Vergangenheit

Die Nationen Ostmitteleuropas gehören zu den Opfern der großen europäischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts.¹ Kaum eine andere Region des Kontinents hatte so nachhaltig unter Krieg, Völkermord und totalitärer Repression zu leiden. In Anbetracht dessen wundert es wenig, daß Außen- und Sicherheitspolitik in Ostmitteleuropa noch zu einem verhältnismäßig hohen Grad *historisiert* sind, wobei vor allem der Zweite Weltkrieg eine entscheidende Rolle spielt. Die für den polnischen Fall gestellte Diagnose, daß die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs sowie deren Verarbeitung eine immense Prägekraft für die polnische Außenpolitik nach 1989 besitzen und einen konstitutiven Einfluß auf die Auskristallisierung der gegenwärtigen polnischen Sicherheitskultur ausüben, ist sicherlich auch auf andere Länder der Region übertragbar.²

Um nicht wie in der Vergangenheit zwischen den Mühlsteinen deutscher und russischer Großmachtspolitik zermalmt zu werden, suchten manche der jungen Staaten des östlichen Mitteleuropa in der Zwischenkriegszeit Hilfe bei den westeuropäischen Mächten, die die Friedensordnung der Pariser Vorortverträge garantierten. Doch in den Augen der ostmitteleuropäischen Gesellschaften bestanden die

europäischen Westmächte die durch Hitlers Vorgehen Ende der dreißiger Jahre provozierte Bewährungsprobe nicht. Integraler Bestandteil der nationalen Traumata, die der Verlust der Staatlichkeit für Tschechen und Polen 1938 und 1939 bedeuteten, ist auch die Enttäuschung über die unterlassene Hilfeleistung seitens Frankreichs und Großbritanniens. Das Münchener Abkommen und die Frage des »Mourir pour Gdańsk« haben sich tief in den kollektiven Erfahrungsschatz Ostmitteleuropas eingegraben und besitzen bis heute außenpolitische Wirkungsmacht. Exemplarisch sind die Äußerungen des tschechischen Außenministers Cyril Svoboda im Zusammenhang mit der Irak-Krise:

»[...] Wir wissen, daß es für uns immer von Vorteil war, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika in der Vergangenheit unser Partner waren. Erinnern wir uns daran, was geschah, als wir uns auf die Beziehungen mit anderen Mächten stützten. Erinnern wir uns an das Münchener Abkommen. Erinnern wir uns daran, was uns die »Partnerschaft« mit der Sowjetunion gebracht hat.«³

Auch aus polnischer Sicht resultiert die Haltung in der Irak-Frage »aus den schmerzhaften Erfahrungen unserer Geschichte«.⁴ Polens Staatspräsident Kwaśniewski begründete die Beteiligung polnischer Soldaten an der US-geführten Intervention gegen den Irak wie folgt:

»Polen war nie und wird nie für kriegerische Lösungen sein. Uns Polen braucht man nicht darüber zu belehren, was Frieden ist. Wir wissen aber auch, was Unterlassung und Gleichgültigkeit bedeuten. Wir wissen, was Gleichgültigkeit gegenüber einer Bedrohung bedeutet, wie sie Polen 1939 erlebt hat. Wir erinnern uns an diejenigen, die damals nicht für Danzig sterben wollten, und wir erinnern uns an die Folgen der damaligen Entscheidungen. Um jene Erfahrungen klüger, appellieren wir an die internationale Gemein-

¹ In dieser Studie geht es um Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, die Slowakei, Slowenien und die baltischen Staaten.

² Krzysztof Malinowski, *Kultura bezpieczeństwa narodowego: koncepcja i możliwości zastosowania* [Nationale Sicherheitskultur: Konzeption und Anwendungsmöglichkeiten], in: *ders.* (Hg.), *Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech* [Nationale Sicherheitskultur in Polen und in Deutschland], Poznań 2003, S. 15–46 (36).

³ Debatu veďme doma [Die Debatte sollten wir zu Hause führen], Interview mit dem tschechischen Außenminister Cyril Svoboda, in: *Právo*, 10.5.2003.

⁴ So der Unterstaatssekretär in der polnischen Präsidialkanzlei, Andrzej Majkowski, auf der Konferenz »Inicjatywa Ryska – Europa bez podziałów« [Die Riga-Initiative: Europa ohne Grenzen] (2003-03-20), <<http://www.prezydent.pl>>.

schaft: Ja zum Frieden, aber nicht um den Preis von Verbrechen, Gewalt und Terrorismus. Ja zum Frieden, wenn wir imstande sind, ihn für uns alle in jedem Winkel der Welt zu sichern.«⁵

Während die Möglichkeiten westeuropäischer Partner nüchtern eingeschätzt werden, gilt Amerika als einzig zuverlässiger Alliierter im Kampf für nationale Selbstbestimmung und Demokratie. Amerika ist für die Nationen Ostmitteleuropas gewissermaßen Triumphator der drei großen Kriege des 20. Jahrhunderts: Der Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg brachte die Wende auf dem Schlachtfeld, und Wilsons Selbstbestimmungspolitik bescherte den in drei kontinentalen Kaiserreichen »eingekerkerten« Nationen des östlichen Mitteleuropas erstmals moderne Staatlichkeit. Amerikas Engagement im Zweiten Weltkrieg sicherte den Sieg über Deutschland. Und die durch die amerikanische Wirtschaftsmacht ermöglichte offensive Rüstungspolitik Washingtons führte zur Niederwerfung des Kommunismus und zum Auseinanderbrechen der sowjetischen Einflußsphäre in Europa. Während Eliten und Öffentlichkeit – insbesondere die in der antikommunistischen Opposition politisch sozialisierten Gesellschaftssegmente – in den Ländern des Neuen Europa im nachhinein eine reservierte Haltung gegenüber der *pragmatischen Politik* westeuropäischer Regierungen im Umgang mit der UdSSR und den Ländern des Warschauer Pakts einnehmen, wird Amerika als »Bollwerk der Demokratie«,⁶ unerschütterliche Bastion im Kampf gegen die sowjetische Herrschaft in Osteuropa oder schlicht als »Sieger im Kalten Krieg«⁷ betrachtet. Die Vereinigten Staaten, die beispielsweise niemals die Besetzung der baltischen Staaten durch die Sowjetunion anerkannten, bezeich-

5 Oświadczenie Prezydenta RP: Konferencja prasowa Prezydenta RP i Prezesa Rady Ministrów [Erklärung des Präsidenten: Pressekonferenz des Präsidenten und des Vorsitzenden des Ministerrats], 18.3.2003, <http://www.prezydent.pl/ser/index.php3?tem_ID=5583&>.

6 Rede des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel anlässlich der Verleihung des European Statesman Award 1997 durch das Institute for East-West Studies, New York, 15.5.1997; <<http://www.mzv.cz/washington/newslet/c04-0697.htm>>.

7 Rede des Abgeordneten der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Marek Jurek, Sitzung des Sejm, 26.3.2003, Informacja rządu w sprawie udziału polskiego kontyngentu wojskowego w składzie sił koalicji międzynarodowej dla wymuszenia przestrzegania przez Irak rezolucji Rady Bezpieczeństwa ONZ [Information der Regierung über die Beteiligung eines polnischen Truppenkontingents an der multinationalen Koalition zur Durchsetzung der Irak-Resolution der UNO], <www.sejm.gov.pl>.

nete der frühere estnische Staatspräsident Lennart Meri daher als »Leuchtfeuer der Hoffnung während der langen, dunklen und kalten Jahre der sowjetischen Besetzung«.⁸

Mentalität und Identität

Eine der Erklärungen für die gegenwärtigen transatlantischen Differenzen stellt auf fundamentale Unterschiede in Identität und Mentalität Amerikas und Europas ab.⁹ Danach lassen sich die gegenwärtigen Friktionen als Folge abweichender außenpolitischer Erwartungen und Ziele deuten, die aus spezifischen Normbildungsprozessen resultieren: Europa ist postmodern, postsouverän und an vielschichtigen verhandlungsbezogenen Mechanismen der Konfliktlösung interessiert. Amerika ist demgegenüber ein klassischer, moderner und souveräner Nationalstaat, der zur Selbstdefinition externe Rivalen benötigt.¹⁰ In Anlehnung an diese Interpretation könnte eine besondere Affinität der ostmitteleuropäischen Länder zur amerikanischen Identität angenommen werden. Die ehemals kommunistischen Länder konnten in den Jahrzehnten nach dem letzten Weltkrieg keinen Prozeß in Richtung Postmoderne durchlaufen, sondern befinden sich noch in einem stärker souveränitätsorientierten Stadium. Deswegen akzeptieren sie auch eher als die meisten der »postmodernen« Staaten Westeuropas Amerikas Instrumente und Strategien zur Sicherung und Durchsetzung nationaler Interessen.

Eine alternative Erklärung transatlantischer Inkongruenzen basiert auf der Gegenüberstellung eines »idealistischen« Amerika und eines »realistischen« Europa.¹¹ Der idealistische Missionarismus der gegenwärtigen amerikanischen Administration wie auch der wertefundierte Interventionismus früherer Washingtoner Regierungen findet einen wichtigen

8 So Lennart Meri anlässlich der Unterzeichnung der U.S.–Baltic Charter am 16.1.1998, <<http://www.usis.usemb.se/BalticSec/remarks.html>>.

9 Eine auf dem Konstruktivismus basierende tschechische Interpretation liefert Jiří Šedivý, *Střet identit? USA a Evropa po 11. Září* [Aufeinanderprallen der Identitäten? Die USA und Europa nach dem 11. September], in: *Mezinárodní vztahy*, 37 (2002) 4, S. 5–25.

10 Ebd.

11 Pavel Barša, *Zdroje amerického chování. K diskuzi o transatlantické diferenci* [Quellen amerikanischen Verhaltens. Zur Diskussion über die transatlantische Differenz], in: *Mezinárodní vztahy*, 38 (2003) 2, S. 5–22.

Anknüpfungspunkt in dem ausgeprägten antitotalitären Reflex der jungen Demokratien im östlichen Teil Europas. Ob die Erfahrung des Totalitarismus und des Widerstands gegen ihn, wie Václav Havel meint, das wertvollste Geschenk der neuen Demokratien an Europa ist,¹² sei dahingestellt. Sie ist aber sicherlich ein handlungsleitendes Motiv auch für die Außen- und Sicherheitspolitik der neuen Demokratien. Die Kenntnis »gefährlicher und zerstörerischer totalitärer Herrschaft«, also wiederum die »Erfahrung aus der jüngsten Vergangenheit«,¹³ hat in den Ländern der Region eine beachtliche Skepsis gegenüber dem Prinzip der uneingeschränkten Nichteinmischung in innere Angelegenheiten aufkommen lassen. Denn in diesem Zusammenhang wird geltend gemacht: »In früheren Zeiten mußten wir selbst einen hohen Blutzoll für die konsequente Anwendung des Nichtinterventionsprinzips entrichten.«¹⁴

Amerika als Symbol

Amerikas Politik, Gesellschaft und Wirtschaftsordnung haben Symbolgehalt für die Gesellschaften Ostmitteleuropas. Amerika verkörpert Werte und gesellschaftliche Organisationsformen, nach denen viele Menschen der Region streben, die ihnen aber lange Zeit verwehrt blieben. Die Beziehung zu Amerika war insofern von Anfang an »kompensatorischer Natur«, denn die letzten 200 Jahre waren im Gegensatz zu den Erfahrungen der Nationen Ostmitteleuropas für Amerika »eine Erfolgsgeschichte«.¹⁵

Amerika steht nach diesem Verständnis für Freiheit und Demokratie, für Wohlstand und Marktwirtschaft, für nationale Selbstbestimmung und Sicherheit. Die Vereinigten Staaten sind das einzige Land, »das die Fundamente der westlichen Zivilisation verteidigen will und kann. Hingegen verbindet sich das Bild Frankreichs und Deutschlands mit der Vorstellung morali-

schen Verfalls, denn [...] auf sie kann man sich überhaupt nicht verlassen.«¹⁶

Die Präsenz größerer Einwanderergemeinschaften mit ostmitteleuropäischem Hintergrund in den Vereinigten Staaten (etwa der zahlenmäßig am stärksten ins Gewicht fallenden »Polonia«) sollte man allerdings in ihrer unmittelbaren Relevanz für die politische Orientierung der Staaten im östlichen Teil Europas nicht zu hoch veranschlagen. Die polnisch-, slowakisch- oder ungarisch-amerikanischen *communities* sind ein wichtigerer Faktor in der amerikanischen als in der polnischen, slowakischen oder ungarischen Politik.

Sicherlich hat aber die ostmitteleuropäische Emigration nach Amerika dazu beigetragen, einen »Mythos Amerika« zu begründen, der zu den oben erwähnten Bindungen geführt hat und auch für die hohen Beliebtheitswerte Amerikas und amerikanischer Bürger in vielen Staaten der Region mit ausschlaggebend ist.¹⁷

Strategische Orientierungen

Für die Ausrichtung ostmitteleuropäischer Staaten auf Amerika sind strategische und sicherheitspolitische Aspekte zentral. Historische Erfahrungen haben tief verankerte, außen- und sicherheitspolitisch relevante Interpretationsmuster entstehen lassen. Zu den wichtigsten dieser langfristigen Dispositionen gehören:¹⁸

- ▶ der *russische Faktor* (besonders ausgeprägt in Polen und den baltischen Staaten), das heißt heute die Mitgliedschaft in westlichen Sicherheitsstrukturen als grundlegende Versicherungspolice gegen eventuelle imperiale Bestrebungen Rußlands;
- ▶ der *deutsche Faktor* (besonders ausgeprägt in Polen und der Tschechischen Republik), also das Bestreben, Deutschland in multilaterale westliche Zusammenhänge einzubinden, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten und gleichberechtigte Beziehungen zu Berlin aufzubauen;
- ▶ der »*Rapallo-Komplex*«¹⁹ (besonders ausgeprägt in Polen und als Ribbentrop-Molotov-Erfahrung bis zu

12 Czyste sumienie się oplaca [Reines Gewissen macht sich bezahlt], Rede des tschechischen Staatspräsidenten Václav Havel anlässlich einer Preisverleihung der Gazeta Wyborcza in Warschau, Gazeta Wyborcza, 17.5.1999.

13 All Too Familiar with Dictators, Artikel des tschechischen Botschafters Palouš, in: Washington Post, 5.3.2003.

14 The Challenge, Artikel der lettischen Außenministerin Sandra Kalniete in der lettischen Tageszeitung Diena, 4.2.2003; <<http://www.am.gov.lv/en/?id=3573>>.

15 So der polnische Historiker Piotr Wandycz, The United States and Poland, (Part I) Historical Reflections, <http://www.electronicmuseum.ca/Poland_USA/USAandPoland_I.html>.

16 So Jan Winięcki, Professor an der Viadrana-Universität, <<http://www.radio.com.pl/jedynka/business/iv.asp?ivID=48>>.

17 So gehören die USA für die meisten Polen traditionell zu den beliebtesten Nationen; <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2003/K_001_03.PDF>.

18 Malinowski, Kultura bezpieczeństwa narodowego [wie Fn. 2], S. 37f.

19 So der Titel eines Buches des Historikers Jerzy Holzer, Kom-

einem gewissen Grad auch in den baltischen Staaten), das heißt das Zusammenwirken des russischen und deutschen Faktors;

- ▶ die *Jalta-Disposition*, also der Versuch, Entwicklungen zu vermeiden, bei denen der Westen Ostmitteleuropa als Einflußsphäre Rußlands anerkennt;
- ▶ das *München-Trauma*, also das Bestreben, keine Entscheidungen zuzulassen, die über die Köpfe der Ostmitteleuropäer hinweg getroffen werden.

Diese Interpretationsmuster werden durch die Wahrnehmung einer besonderen geopolitischen Lage der Region verstärkt. Zwar hat sich die geopolitische und strategische Position der Länder Ostmitteleuropas nach 1989, nach dem Zerfall der Sowjetunion, der Nato-Erweiterung und infolge des Wandels im europäischen und globalen Sicherheitsumfeld verändert, gleichwohl hat das Gefühl einer sicherheitspolitischen *Randlage* immer noch maßgebliche Bedeutung für Sicherheitsperzeption und Risikoanalyse in einigen Ländern der Region. Auch wenn im polnischen Diskurs der Terminus »Frontstaat« nicht mehr gebraucht wird,²⁰ sind doch weiterhin Begriffe gängig, die die sicherheitspolitisch periphere Lage zum Ausdruck bringen (*państwo kresowe [Grenzstaat]* oder *państwo brzegowe [Randstaat]*). Estlands Ex-Präsident Meri sprach davon, daß sein Land »an der Kippe« liege und ein kleiner Stoß genüge, »um es in die eine oder andere Richtung fallen zu lassen.«²¹

Rußland wird hierbei in der Regel nicht mehr als unmittelbare Bedrohung interpretiert, sondern als Quelle »weicher« Sicherheitsrisiken: Nach wie vor gilt der große Nachbar im Osten als instabil und schwer berechenbar,²² wird eine »aggressive Politik, die auf

pleks Rapallo. Mit czy realna groźba? [Der Rapallo-Komplex. Mythos oder wirkliche Bedrohung?], Warszawa 2000.

20 Einer der führenden polnischen Sicherheitsexperten spricht davon, daß Polen an einer modernen Front liege, keiner »konfrontativen Trennungslinie, sondern an der Front bestimmter Herausforderungen, denen wir uns in der heutigen Welt stellen müssen« (Polska w zmieniających się strukturach bezpieczeństwa [Polen in den sich wandelnden Sicherheitsstrukturen], Interview mit General Stanisław Koziej, in: Przegląd Środkowoeuropejski, [2002] 31–32, S. 27–31 [29]).

21 Zitiert nach Merje Kuus, The Reconfiguration of Security Debates in the Context of Regional Cooperation, in: Andres Kasekamp (Hg.), Estonian Foreign Policy Yearbook 2003, Tallinn 2003, S. 9–20 (16).

22 »Latvia's largest neighbour Russia is developing a democratic society and market economy. However, Russia is still unstable, and its internal and foreign policy development is difficult to predict.« (The National Defence Concept of the Republic of Latvia, <<http://www.mod.gov.lv/index.php?pid=1252>>.)

wirtschaftlicher oder politischer Erpressung basiert«,²³ für möglich gehalten. Selbst der militärische Bedrohungsaspekt ist nicht gänzlich verschwunden. So war noch in der offiziellen polnischen Sicherheitsstrategie des Jahres 2000 im Kapitel »Bedrohungen und Herausforderungen« von »Regionen übermäßiger Konzentration militärischen Potentials« in der unmittelbaren Nähe der polnischen Grenze die Rede – gemeint ist Kaliningrad.²⁴ Estlands Premier Kallas begründete die Parteinahme für Washington im Irak-Konflikt auch damit, daß sein Land als enger Partner Amerikas besser verteidigt werden könnte, falls in Rußland ein »neuer Stalin« die Macht ergreifen sollte.²⁵

Es ist kein Zufall, daß Amerika vor diesem Hintergrund Ansprechpartner Nummer eins ist. Die Vereinigten Staaten sind aus ostmitteleuropäischer Sicht aufgrund ihrer politischen Prädispositionen und ihrer militärischen Fähigkeiten die einzig zuverlässige Rückversicherung gegen mit harten Sicherheitsrisiken verbundene Entwicklungen im »Osten«. Das traditionelle Bestreben, sich zur Eindämmung des russischen Faktors beziehungsweise gegen eine deutsch-russische Verständigung mit westlichen Partnern zu liieren (*Entente-Disposition*), ist in Anbetracht der Skepsis gegenüber den westeuropäischen Staaten heute an die Adresse der USA gerichtet. Die Orientierung auf Washington wird als Chance gesehen, die eigene Position zwischen Rußland und Deutschland zu festigen. Ein Rückzug der USA aus Europa hieße, daß Mitteleuropa – zumindest aufgrund wirtschaftlicher Abhängigkeiten – abermals »ausgeliefert« wäre, »im besseren Fall einer deutsch-französischen Achse, im schlechteren hingegen Rußland.«²⁶

Dieser Aspekt erlangte nicht zuletzt deswegen Aktualität, weil Deutschland in zunehmendem Maße als »unsicherer Kantonist« empfunden wird. Nach Ansicht eines tschechischen Kommentators müssen

23 CSIS, *Institute of International Relations and Political Science* (Vilnius), *Lithuania's Security and Foreign Policy*, White Paper, in: *Lithuanian Foreign Policy Review*, S. 86–170 (132).

24 »Strategia bezpieczeństwa Rzeczypospolitej Polskiej, przyjęta na posiedzeniu Rady Ministrów w dniu 4 stycznia 2000 roku [Sicherheitsstrategie der Republik Polen, angenommen auf der Sitzung des Ministerrats am 4. Januar 2000].

25 RFE/RL Newline Central & Eastern Europe, 12.2.2003, <<http://www.rferl.org/newline/2003/02/3-CEE/cee-120203.asp>>.

26 So Ungarns früherer Außenminister Géza Jeszenszky, *Márs és Vénusz – civakodás vagy szakítás Amerika és Európa között?* [Mars und Venus – Zank oder Bruch zwischen Amerika und Europa?], in: *Magyar Szemle*, 12 (2003) 5–6, S. 206–208; <http://www.net.hu/magyarszemle/archivum/2_5-6/korkep.html#jeszenszky>.

sich die Tschechen nicht aufgrund der Beneš-Dekrete, sondern wegen »des Pazifismus der Schröder-Regierung« Sorgen um ihren westlichen Nachbarn machen.²⁷ Die französisch-deutsch-russischen Kontakte im Zusammenhang mit der Irak-Krise haben dieser Denkweise deutlich Auftrieb gegeben. Befürchtet wird, daß sich Frankreich und Deutschland »im Wettstreit mit den USA« neue Verbündete im Osten suchen – Rußland und China. Bei dieser neuen Zusammenarbeit seien sie zu Konzessionen gezwungen: Es sei nicht auszuschließen, daß die kleinen ostmitteleuropäischen Staaten den »neuen starken Partnern« aus dem Osten preisgegeben würden.²⁸

Zu den außen- und sicherheitspolitischen Kardinalzielen aller ostmitteleuropäischen Länder gehört es daher, eine möglichst enge sicherheits- und verteidigungspolitische sowie militärische Verflechtung mit Amerika zu schaffen. Hieraus ergab sich für die Länder der Region der außenpolitische Imperativ der Nato-Mitgliedschaft, denn nur über den institutionellen Rahmen der Allianz sah man das sicherheitspolitische Grundbedürfnis einer strategischen Ankoppelung an die USA befriedigt.

Transatlantische Solidarität

Den neuen und künftigen Mitgliedern des Nordatlantikpakts ist daran gelegen, Solidarität mit Amerika zu demonstrieren. Die »Bekundung von Solidarität und die Manifestation einer Gemeinschaft bei der Verteidigung gemeinsamer Werte« ist nach polnischer Auffassung das Minimum dessen, was die USA von Europa erwarten können.²⁹ Die Solidaritätsbekundungen an die Adresse Washingtons enthalten drei Komponen-

ten. Erstens möchten die Länder Ostmitteleuropas die erfahrene Solidarität erwidern und gleichsam »Thank you America« sagen.³⁰ Zweitens möchten sie zu verstehen geben, daß sie trotz großer Defizite bei den militärischen Fähigkeiten imstande sind, als Sicherheitsproduzenten zu agieren. Ein drittes Motiv dürfte jedoch das entscheidende sein: Will man bei eventuellen sicherheitspolitischen Turbulenzen die Unterstützung Amerikas einfordern, so muß in Zeiten, in denen Amerika seinerseits Hilfe braucht, mindestens politische Loyalität gezeigt und gegebenenfalls sogar militärische Assistenz angeboten werden. Das Engagement der Ostmitteleuropäer ist vor diesem Hintergrund vor allem »eine langfristige Investition in die [eigene] Sicherheit, entsprechend dem Grundsatz *do ut des*«.³¹

Amerika und die Macht der Machtlosen

Insbesondere in der polnischen Diskussion über die Profilierung an der Seite der USA spielte der Gedanke eine Rolle, das besonders enge Verhältnis zu den USA habe zu einer Aufwertung des Landes in Europa geführt. Für die Warschauer Ambitionen, sich als mittel-europäische Regionalmacht zu etablieren, hat sich die Strategie des Schulterschlusses mit Washington zumindest kurzfristig ausgezahlt. Die (wenn auch symbolische) Beteiligung an der Intervention im Irak sowie das massive Engagement bei dessen Stabilisierung nach dem Kriege war in polnischer Lesart eine Möglichkeit, das »internationale Prestige zu verbessern« und in eine »höhere Liga aufzusteigen«.³² An Polen kommen seine Partner in Europa nun nicht mehr vorbei, »mit Polen muß man rechnen«.³³ Nur

27 Daniel Kaiser, *Když jde z Německa strach. Českou republiku neohrožují Benešovy dekrety, ale pacifismus Schröderovy vlády* [Wenn die Angst aus Deutschland kommt. Der Tschechischen Republik droht keine Gefahr durch die Beneš-Dekrete, sondern durch den Pazifismus der Schröder-Regierung], in: *Lidové noviny*, 13.2.2003.

28 »Bohumil Doležal, *Metamorfózy EU a Česká republika* [Die Metamorphosen der EU und die Tschechische Republik], in: *Mladá fronta Dnes*, 22.2.2003.

29 »O nowych zagrożeniach i dylematach polskiej polityki bezpieczeństwa« – Z Profesorem Adamem Rotfeldem, podsekretarzem Stanu w MSZ rozmawia Krystyna Szelestowska [Über neue Bedrohungen und Dilemmata der polnischen Sicherheitspolitik – Gespräch mit Prof. A. Rotfeld, Unterstaatssekretär im AA], in: *Trybuna*, 6.3.2003; *Východná Európa podporuje Ameriku* [Osteuropa unterstützt Amerika], in: *Sme*, 5.2.2003.

30 »We stood by you and America from the very beginning. Sometimes, one must act far from one's borders to defend national and international security. Poland has learned this lesson all too well from the past and present threats. We experienced the great value of solidarity between nations in the face of evil. And it is exactly why we sent Polish troops to Iraq.« (Zitat aus: *America Needs a United Europe, Europe Needs a Strong America*, President Aleksander Kwaśniewski's Address, Cracow, Royal Castle Wawel, 31.5.2003, <<http://www.polandembassy.org/News/p3-12.htm>>.)

31 Malinowski, *Kultura bezpieczeństwa narodowego* [wie Fn. 2], S. 44.

32 Andrzej Brzeziński/Mateusz Flak, *Nasza strefa, nasza szansa* [Unser Sektor, unsere Chance], in: *Tygodnik Powszechny*, 20 (2810), 18.5.2003.

33 So der polnische Nato-Botschafter Jerzy M. Nowak – *Z Polską trzeba się liczyć* [Mit Polen muß man rechnen], in: *Rzeczpospolita*, 18.3.2003.

wenige Beobachter nahmen demgegenüber eine Marginalisierung Polens in Europa wahr.³⁴ Für die USA ist Polen der erste Ansprechpartner in Ostmitteleuropa. Die kleineren Länder der Region oder EU-Nachbarn wie die Ukraine sehen Polen zumindest in wichtigen sicherheitspolitischen Fragen als Sachwalter ihrer Anliegen im größeren Europa und gegenüber Washington. Stimmt man der Interpretation des slowenischen Schriftstellers Aleš Debeljak zu, nach der die Ostmitteleuropäer in der Irak-Krise eigentlich weniger ein »Ja zu Amerika, sondern ein Nein zu Deutschland und Frankreich« signalisierten,³⁵ so kann das Verhalten der »Neuropäer« auch als Versuch gewertet werden, vermeintlich drohender Hegemonialisierung durch Nonkonformismus entgegenzutreten, um aus der Petentenrolle in den Status ernstzunehmender Partner aufzusteigen.

34 So Zdzisław Najder, *Polskie obowiązki. Między USA i Europą* [Polnische Pflichten. Zwischen den USA und Europa], in: *Rzeczpospolita*, 15.2.2003.

35 Dies geschah unter Hinweis auf angebliches »deutsches Vorgehen, vor dem sich alle neuen Demokratien in der Umgebung fürchten« – *Existuje nejaká nová Európa?* [Gibt es ein neues Europa?], in: *Sme*, 11.2.2003.

Risiken europäischer Außenpolitik

Affinität zu Amerika und Priorisierung der transatlantischen Beziehungen durch viele künftige EU-Mitglieder aus Ostmitteleuropa werden sich auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union auswirken. Da die »euro-atlantische Finalität auch eine immanente Dimension der europäischen Finalitätsdebatte ist«, ³⁶ wird das atlantische Profil der Beitrittsländer, wie es sich in den nationalen außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen manifestiert, sowohl auf Politikfelder, Handlungsoptionen und strategische Entwicklungsvarianten der GASP als auch auf Perspektiven der europäischen Integration projiziert. Insbesondere in vier Themenkomplexen könnte die EU-Erweiterung mögliche transatlantische Mißklänge in besonderem Maße verstärken.

Die Weiterentwicklung der ESVP

Die Lancierung der ESVP im Jahr 1999 weckte in den meisten Kandidatenländern zunächst nur wenig Enthusiasmus. ³⁷ Die ESVP wurde vorwiegend als mögliche Quelle für europäisch-amerikanische Reibereien betrachtet. Gleichzeitig bestand wenig Vertrauen in die politische Handlungsfähigkeit und die militärischen Kapazitäten der EU-Mitglieder. Demgegenüber

sah man in der konsequent im Rahmen der Nato vorangetriebenen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) ein brauchbares Bezugssystem zur Weiterentwicklung der europäischen Fähigkeiten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. ³⁸

Obwohl das »atlantizistische« Großbritannien als Gründervater der ESVP fungierte, änderte dies zunächst wenig an der tiefen Skepsis vieler Ostmitteleuropäer gegenüber dem neuen Vorhaben. Sie hatten die Sorge, die ESVP könnte sich als potentieller Keil in den transatlantischen Beziehungen erweisen. Das Negativszenario ging von der Befürchtung aus, eine sich entfaltende ESVP könne die transatlantischen Bande unterminieren, zu einem Konkurrenzprojekt der Nato werden und das Engagement Amerikas in Europa in Frage stellen. Aversionen bestanden nicht zuletzt deswegen, weil man fürchtete, in der formativen Phase der ESVP ohne substantielle Involvement in die Mechanismen der neuen Politik zu bleiben. ³⁹

Gleichwohl vollzog sich bald ein Wandel in der Wahrnehmung der ESVP, und die grundsätzliche Bejahung der Sicherheits- und Verteidigungsdimension der EU wurde Bestandteil der offiziellen Außenpolitik aller Kandidatenländer. Die normative Kraft des Faktischen dürfte hierbei eine wichtige Rolle gespielt haben. Die ESVP ist für alle Beitrittswerber verbindlich und konnte daher nicht prinzipiell verworfen werden. Die negativen Reaktionen aus einigen westeuropäischen Hauptstädten veranlaßten die Außenpolitiker aus den Kandidatenländern dazu, sich zumindest verbal zurückzuhalten, um die Ausgangslage ihrer Länder während des Beitrittsprozesses nicht unnötig zu verschlechtern. Wirkung zeigte auch das seitens der EU-Mitglieder konsequent vorgetragene Bekenntnis zur Kompatibilität der ESVP mit der Nato und der strukturellen Einbindung der europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Ambitionen in den transatlantischen Kontext. Überdies trug die Entscheidung für eine »robuste« Nato-Erweiterung dazu

³⁶ Simon *Serfaty*, *Renewing the Transatlantic Partnership*, CSIS, Daimler Chrysler, Mai 2003, S. 35.

³⁷ Vgl. für Polen: Olaf *Osica*, *W poszukiwaniu nowej roli. Polska jako nowy aktor euroatlantyckiej polityki bezpieczeństwa* [Auf der Suche nach einer neuen Rolle. Polen als neuer Akteur in der euroatlantischen Sicherheitspolitik], in: *ders./Marcin Zaborowski*, *Nowy członek starego sojuszu* [Neues Mitglied des alten Bündnisses], Warszawa 2002, S. 83–128 (112ff); für die Tschechische Republik Radek *Khol*, *Bílá místa v české diskuzi o evropské bezpečnosti* [Weiße Flecken in der tschechischen Diskussion über die europäische Sicherheit], in: *Mezinárodní vztahy*, 37 (2002) 2, S. 67–80. Vgl. auch Kai-Olaf *Lang*, *Die neuen Nato-Mitglieder und die europäische Verteidigungsdimension. Teil I und II*, Köln: BIOst, 1999 (Aktuelle Analysen des BIOst Nr. 62 und 63); zu denhaltungen Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns zur Weiterentwicklung und zum aktuellen Stand in allen Beitrittsländern: Antonio *Missiroli* (Hg.), *Bigger EU, Wider CFSP, Stronger ESDP? The View from Central Europe*, Paris: European Union Institute for Security Studies (EUISS), April 2002 (EUISS Occasional Paper 34).

³⁸ *Osica*, *W poszukiwaniu nowej roli* [wie Fn. 37], S. 113.

³⁹ Jiří *Šedivý*, *The Constraints and the Opportunities*, in: Antonio *Missiroli* (Hg.), *Enlargement and European Defence after 11 September*, Paris, Juni 2002 (Chaillot Paper, 53), S. 11–27 (17).

bei, in den noch nicht der Allianz angehörenden Beitrittsländern die Furcht zu zerstreuen, über die ESVP solle die EU-Mitgliedschaft als Nato-Ersatz »verkauft« werden.⁴⁰ Insbesondere die neuen Nato-Mitglieder aus Ostmitteleuropa bemängelten zwar den Grad ihrer Anbindung an die Entscheidungsmechanismen der ESVP (15+6), da man sich statt »Konsultation und Dialog« eine »wirkliche Zusammenarbeit« gewünscht hätte,⁴¹ doch allmählich konnte in den drei Ländern ein Abschleifen von Ressentiments gegenüber der ESVP registriert werden. Insgesamt dürfte bei allen Kandidatenländern der sich konkretisierende Beitritt und damit die reale Chance, gleichberechtigt in die Kooperationsmechanismen der ESVP aufgenommen zu werden, ein wichtiger Faktor für eine wachsende Akzeptanz der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsdimension gewesen sein.

Insofern ist eine klare Evolution der Haltung gegenüber der ESVP in den Beitrittsländern zu beobachten. Eine positive Bezugnahme auf die ESVP ist mittlerweile Bestandteil der offiziellen Außenpolitik aller Beitrittsländer, sie wird teilweise sogar als gleichberechtigte zweite Säule der nationalen Sicherheit neben der Nato angesehen.⁴² Ungeachtet dieser pragmatischen Orientierung werden indes in der öffentlichen Debatte immer noch substantielle Zweifel an der ESVP und deren Perspektiven geäußert,⁴³ wird die

40 Solche Befürchtungen bestanden insbesondere in den baltischen Staaten. Vgl. Antonio Missiroli, Conclusions, in: ders. (Hg.), *Bigger EU, Wider CFSP, Stronger ESDP?* [wie Fn. 37], S. 58–64 (59).

41 So Polens früherer Außenminister *Bartoszewski*, zitiert nach *Osica*, *W poszukiwaniu nowej roli* [wie Fn. 37], S. 116.

42 Selbst im zurückhaltenden Polen war bereits in die im Januar 2000 beschlossene Sicherheitsstrategie ein entsprechender Passus aufgenommen worden, der »das sich in den Beziehungen EU/WEU-Nato herausbildende System« als »zweite Säule der Sicherheit Polens« definiert. In der im Juli 2003 neu formulierten Sicherheitsstrategie wird konstatiert, daß die polnische EU-Mitgliedschaft »die Grundlagen der im weiten Sinne verstandenen nationalen Sicherheit stärkt« (Strategia bezpieczeństwa narodowego Rzeczypospolitej Polskiej, zaakceptowana przez Radę Ministrów 22 lipca 2003 roku i zatwierdzona przez Prezydenta RP 8 września 2003 roku [Nationale Sicherheitsstrategie der Republik Polen, durch den Ministerrat am 22. Juli 2003 beschlossen und durch den Staatspräsidenten am 8. September 2003 bestätigt], <www.bbn.gov.pl>). Siehe auch die Anfang 2001 beschlossene und gegenwärtig in Novellierung befindliche tschechische Sicherheitsstrategie, *Bezpečnostní strategie České republiky* [Sicherheitsstrategie der Tschechischen Republik vom 22.1.2001], <www.vlada.cz>.

43 Dies gilt unter anderem für euroskeptische konservative Strömungen und Parteien wie etwa die tschechische Bürger-

»europäische Verteidigungspolitik eher als Quelle zusätzlichen Risikos und Grund für mehr Sorge um die [eigene] Sicherheit« angesehen denn als sicherheitsstiftender Faktor.⁴⁴ Entsprechend verfolgen die meisten Regierungen in der Region eine Linie des »Ja, aber«,⁴⁵ wobei die Vorbehalte durch die nationalen Diskussionen durchaus verstärkt werden können. Die Einwände gehen einerseits vom Imperativ einer transatlantischen Einrahmung der ESVP aus, zielen andererseits aber auch auf gewisse Grenzen ihrer künftigen Weiterentwicklung. Zu den ESVP-Kautelen der Beitrittsländer gehören folgende Grundsätze:

Es besteht ein *sicherheits- und verteidigungspolitischer Primat der Nato*. Dieser Vorrang und die ihm zugrundeliegende Leitlinie, eine enge sicherheitspolitische Verknüpfung mit den USA aufrechtzuerhalten und die Präsenz Amerikas in Europa zu sichern, resultieren aus einer vorwiegend traditionellen Risikoeinschätzung. Obwohl sich auch in den ostmitteleuropäischen Ländern eine Diversifizierung und Öffnung des Bedrohungsdiskurses hin zu veränderten (»weichen«) Sicherheitsrisiken vollzogen hat,⁴⁶ wird vielfach traditionelle (»harte«) Sicherheit nach wie vor als einzig effektiver Schutz vor externen Gefährdungen angesehen. »Obwohl Sicherheitsrisiken in weichen Begrifflichkeiten artikuliert werden, stehen Lösungen für diese Sorgen weiterhin unter der Prämisse der Nato-Mitgliedschaft.«⁴⁷ Dies bedeutet auch, daß die ostmitteleuropäischen Nato-Mitglieder tendenziell an der Aufrechterhaltung der klassischen Funktionen der Allianz interessiert sind. Rußland soll nicht zu weitgehend in die Nato inkorporiert werden, damit keine neue UNO oder keine zweite OSZE entsteht. Dem Grundsatz der Bündnissolidarität kommt in dieser Sicht ein hoher Stellenwert zu, Artikel 5 des Washingtoner Vertrags

partei ODS oder die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS).

44 Stanisław Koziej, *Unijni »antymuskietierowie«*. Europejska Unia Obronna obok Nato? [Die »Antimuskietiere« der Union. Eine europäische Verteidigungsunion neben der Nato?], in: *Tygodnik Powszechny*, Nr. 27 (2817), 6.7.2003.

45 Olaf *Osica*, *Wspólna europejska polityka bezpieczeństwa i obrony w perspektywie Polski* [Die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus der Sicht Polens], Warszawa 2001 (Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych, Nr. 5/2001).

46 Dies wird zum Beispiel sichtbar in den sicherheitspolitischen Grundlagendokumenten der Beitrittsländer. Anschaulich analysiert Merje *Kuus* diesen Sachverhalt für Estland, *The Reconfiguration of Security Debates* [wie Fn. 21].

47 So Andres *Kasekamp*, zitiert nach *Kuus*, *The Reconfiguration of Security Debates* [wie Fn. 21], S. 17.

soll entsprechend möglichst eng interpretiert werden. Die Verhinderung »lockerer, zweckgebundener Koalitionen« innerhalb der Nato, welche die »Strukturen des kollektiven Handelns« beeinträchtigen könnten, und das Eintreten für die Beibehaltung von Artikel 5 »als Grundlage des Bündnisses« stellen für den polnischen Nato-Botschafter Jerzy M. Nowak ein polnisches *non possumus* dar.⁴⁸

Wandel ist jedoch in der Frage zu beobachten, welches Gewicht den klassischen Verteidigungsaufgaben zukommen soll. Einerseits bestehen immer noch traditionalistische Auffassungen, denen zufolge die »kollektive Verteidigung des Bündnisgebietes weiterhin die Schlüsselaufgabe der Allianz [ist]. Die Nato darf sich nicht in eine Peacekeeping-Organisation verwandeln. Ihr grundlegender Auftrag ist es, sich nicht auf Friedensoperationen, sondern auf eine potentielle kriegerische Auseinandersetzung vorzubereiten und ausreichendes Abschreckungspotential aufrechtzuerhalten.«⁴⁹ Andererseits wird akzeptiert, daß die Nato nur dann für Amerika attraktiv bleiben kann, wenn ihre Transformation vorangetrieben wird und sie sich einem neuen Anforderungsprofil stellt. Die ostmitteleuropäischen Länder unterstützen daher *nolens volens* die von amerikanischer Seite initiierte Neudefinition der Nato⁵⁰ und haben unter anderem deshalb von Anfang an Zustimmung zu dem aus amerikanischer Sicht für die Zukunft der Nato zentralen Projekt der »Response Force« signalisiert.⁵¹ Hierbei spielt möglicherweise auch die Hoffnung eine

Rolle, daß die Reaktionskräfte der Allianz eine Art Konkurrenzvorhaben zur Helsinki-Streitmacht der ESVP darstellen könnten. Unterstützt wird auch die »Globalisierung« der Nato und mithin ihr Einsatz im weltweiten Kampf gegen neue Bedrohungen.⁵²

Die positive Einstellung zur NATO rührte auch daher, daß die Allianz aus ostmitteleuropäischer Sicht künftigen Mitgliedern etwa durch Partnership for Peace (PfP) oder Membership Action Plans (MAPs) weitergehende Partizipations-, Kooperations- und Inklusionsmechanismen offerierte als die EU.⁵³ Hinzu kam, daß sich in den Augen vieler Ostmitteleuropäer Washington als entscheidende Triebkraft bei der ersten (hier wird allerdings auch die Rolle Deutschlands unterstrichen) und zweiten Nato-Erweiterung erwies, während den Europäern Nachgiebigkeit gegenüber Moskau und mangelnde Dynamik bei der EU-Erweiterung vorgehalten wird.

Aus Sicht der ostmitteleuropäischen Staaten muß alles getan werden, um durch die ESVP nicht die transatlantischen Bindungen zu gefährden und durch die sicherheitspolitische Profilierung der EU nicht die amerikanische Europa-Skepsis zu vertiefen. Mit Blick auf Strukturen und Fähigkeiten der ESVP sollte daher sichergestellt werden, daß sie keine Duplizierungen hervorbringt. Auch wenn »niemand daran zweifelt, daß die EU ihre Verteidigungsfähigkeiten verbessern muß«, so ist die Schaffung neuer Institutionen unnötig, »da bereits die Nato besteht.«⁵⁴ Im Vordergrund der ESVP-Agenda stehe zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher die Konsolidierung des Erreichten, das Aufbauen auf den Vereinbarungen zwischen EU und Nato sowie die Weiterentwicklung des EU-Potentials und weniger »die Schaffung neuer Strukturen und Mechanismen«.⁵⁵

48 Jerzy M. Nowak, Quo vadis Nato, quo vadis Polsko? Dziesięć tez o polskich interesach w Nato [Quo vadis, Nato, quo vadis, Polen? Zehn Thesen zu den polnischen Interessen in der Nato], in: Tygodnik Powszechny, (5.1.2003) 1.

49 Petr Nečas, Budoucnost Nato a Česká republika, Vystoupení na semináři Centra pro ekonomiku a politiku [Die Zukunft der Nato und die Tschechische Republik. Vortrag auf einem Seminar des Zentrums für Wirtschaft und Politik], Prag, 12.3.2002, <<http://www.petr-necas.cz/konfe/2002/budou.htm>>.

50 Vgl. Erklärung der Vilnius-Gruppe zum Prager Nato-Gipfel. Declaration of the Vilnius Group Countries, <<http://www.expandnato.org/vgprague.html>>, oder für die Slowakei Ivan Korčok, Quo vadis Nato? Výsledky Pražského summitu Nato [Quo vadis, Nato? Die Folgen des Prager Nato-Gipfels], in: Listy SFP, (November–Dezember 2002), <http://www.sfpa.sk/pages/common/archiv/listy_nove/listy.php?no=0602&it=2>.

51 Ein anderes Motiv für das Engagement in der Response Force ist die Furcht, ohne eine rasche Eingliederung in die neuen Strukturen zu einem »Mitglied zweiter Klasse« in der Nato zu werden; Stanisław Koziej, Sojusz na igielicie [Allianz auf unsicherem Boden], in: Tygodnik Powszechny, Nr. 49 (2787), 8.12.2002.

52 So der tschechische Premierminister Vladimír Špidla während seines USA-Besuchs im Juli 2003; Špidla na Riceově universitě: Nato je nenahraditelné [Špidla an der Rice University: Die Nato ist unersetzlich], in: ČTK, 18.7.2003.

53 Radek Khol, The Changing Role and Position of Visegrad Four in the Area of Security and Defence, in: Marek Štátný (Hg.), Visegrad Countries in an Enlarged Trans-Atlantic Community, Bratislava 2002, S. 193–217 (201).

54 So die estnische Außenministerin Kristiina Ojuland, Foreign Minister Participated in the Unofficial Meeting of Present and Future EU Members, in: Estonian Review, 13 (28.4.–4.5.2003) 17, <http://web-static.vm.ee/static/failid/441/ER_17.pdf>.

55 Personal Remarks by Prof. Danuta Hübner, Representative of the Government of Poland to the Convention Plenary Session, Brüssel, 16.5.2003, <<http://www.futurum.gov.pl/futurum.nsf/0/5A032A674A00FEADC1256D2B00332BBA>>.

Nach Ansicht der ostmitteleuropäischen Länder muß vermieden werden, daß sich in der ESVP eine im Verhältnis zu Amerika emanzipatorische oder gar antagonistische Stoßrichtung durchsetzt. Deswegen will man nicht abseits stehen, sondern sich aktiv an der ESVP beteiligen, um zusammen mit anderen atlantisch orientierten Partnern in der EU europäische Abnabelungstendenzen zu dämpfen. Die Beitrittsländer beschreiten also keinen »dänischen Weg«, sondern ziehen konstruktive Einflußnahme und aktive Mitgestaltung der ESVP vor.

Gleichzeitig ist den meisten künftigen Mitgliedern daran gelegen, institutionelle Vorkehrungen gegen die eventuelle Dominanz einer Politik europäischer Autonomie gegenüber Amerika seitens einiger etablierter Mitglieder der EU zu treffen. Vorsicht besteht daher gegenüber einer Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Das Mehrheitsprinzip in dieser Sphäre empfinden insbesondere die Vertreter europaskeptischer Strömungen als Instrument zur »Pazifizierung« atlantisch orientierter Neumitglieder.⁵⁶ Auf Skepsis stößt auch die Überlegung, solchen Mitgliedstaaten, die über besondere militärische Fähigkeiten verfügen, die Möglichkeit der »strukturierten Zusammenarbeit« auf dem Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik einzuräumen. Abgelehnt wird hierbei weniger die verstärkte Kooperation an sich, sondern die Existenz bestimmter Eintrittsbarrieren in Form von Fähigkeitskriterien.⁵⁷ Hinter der Kritik an »exklusiven Kooperationsformen in militärischen Angelegenheiten«⁵⁸ steht die Furcht, es könnte mittels eines künftigen autonomen europäischen Sicherheitszentrums zu einer Ausgrenzung kommen.

Zurückhaltung üben die Neumitglieder denn auch bei sicherheitspolitischen Initiativen, die explizit auf europäischer Autonomie gründen. Die Reaktionen auf die Idee einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion reichen von der Zögerlichkeit offizieller Diplomatie bis zur offenen Ablehnung in den Medien

56 Vgl. Petr Nečas, ODS: vytěšňovat USA z Evropy a nahrazovat jejich vliv vlivem vlastním je absolutně nepřijatelné [ODS: die USA aus Europa zu verdrängen und ihren Einfluß durch den eigenen zu ersetzen ist absolut unannehmbar], in: Integrace, (2001) 8, <www.integrace.cz>.

57 Personal Remarks by Prof. Danuta Hübner [wie Fn. 55].

58 Speech by Mr Józef Oleksy, Representative of the Sejm of the Republic of Poland at the Plenary Session of the Convention, Brüssel, 16.5.2003, <[http://www.futurum.gov.pl/futurum.nsf/0/DDDFE3E176F93975C1256D41002AA87B/\\$File/O16.pdf](http://www.futurum.gov.pl/futurum.nsf/0/DDDFE3E176F93975C1256D41002AA87B/$File/O16.pdf)>.

und unter Experten. Bereits die deutsch-französische Initiative vom 22. November 2002 stieß auf wenig Gegenliebe.⁵⁹ Vorschläge, wie sie Ende April 2003 von Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg präsentiert wurden, werden nicht als »dringliche Frage« betrachtet⁶⁰ oder sogar als Grund für zusätzliche sicherheitspolitische Besorgnis gesehen.⁶¹ Auch wenn die am 29. April 2003 beschlossenen Vorschläge zur Weiterentwicklung der militärischen Fähigkeiten positiv aufgenommen und als »inspirierender Stoff für weitere Diskussionen« in der EU beschrieben wurden (so das polnische Außenministerium),⁶² stößt das Projekt einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion in den Beitrittsländern auf beachtliche Reserviertheit. Die Brüsseler Vorschläge wurden etwa von der estnischen Außenministerin als grundlegend »unterschiedliche Konzeption« gegenüber einem Modell begriffen, das auf der Nato und der Perfektionierung der bisherigen ESVP-Strukturen aufbaut.⁶³ Nach Ansicht eines polnischen Kommentators knüpft der »separatistische Lunch« in Brüssel an die Vision eines aus mehreren Teilen bestehenden Europas an und »suggeriert auf gefährliche Weise die Idee der Duplizierung von SHAPE« sowie die »Schwächung der Allianz, die Vertiefung und Verstetigung ohnehin bestehender Trennlinien«.⁶⁴

Die im Konvent vorgebrachten Vorschläge zur Weiterentwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere das Konzept der strukturierten Kooperation, lassen die Zweifel in den

59 Nowa polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej [Die neue Außenpolitik der 3. Republik], Interview mit Krzysztof Mischczak, in der Europaabteilung des polnischen Außenministeriums zuständig für Außen- und Sicherheitspolitik, in: Przegląd Srodkowoeuropejski, (August 2003) 34, S. 8–13 (9).

60 Jednání ministrů zahraničí členských a kandidátských zemí EU 2.5.2003 [Treffen der Außenminister der EU-Mitglieds- und Beitrittsländer], Interview des tschechischen Außenministers Cyril Sovoboda für die BBC, <http://www.kdu.cz/Co_jsme_rekli/default.htm>.

61 Koziej, Unijni »antymuszkieterowie« [wie Fn. 44].

62 Komunikat Prasowy Spotkanie Belgii, Francji, Niemiec i Luksemburga poświęcone problematyce polityki bezpieczeństwa i obronnej UE (Bruksela, 29.4.2003) [Pressemitteilung über das Treffen zwischen Belgien, Frankreich, Deutschland und Luxemburg, das sich mit der Sicherheits- und Verteidigungsfrage der EU befaßte (Brüssel, 29.4.2003)], 30.4.2003, <<http://www.msz.gov.pl>>.

63 Foreign Minister Ojuland [wie Fn. 54].

64 Leopold Unger komentuje szczyt obronny Belgii, Francji, Luksemburga i Niemiec [L. Unger kommentiert den Verteidigungsgipfel Belgiens, Frankreichs, Luxemburgs und Deutschlands], in: Gazeta Wyborcza, 29.4.2003.

Beitrittsländern eher wieder größer werden. Insgesamt macht sich bei ihnen der Eindruck breit, die für sie unabdingbaren Grundprinzipien der ESVP könnten im Sinne der Albright'schen Warnung vor drei Gefahren (3Ds) in Frage gestellt werden: Abkoppelung (*decoupling*), Duplizierung (*duplication*), ja mit Blick auf die Prinzipien der »strukturierten Kooperation« sogar Diskriminierung (*discrimination*) erscheinen vielen Neumitgliedern als reale Gefahr.

Transatlantische Beziehungen

Der Ruf nach »funktionierenden und engen transatlantischen Beziehungen« gehört zum Standard-repertoire außen- und sicherheitspolitischer Deklarationen aller Beitrittsländer Ostmitteleuropas, insbesondere der Appell, Europas außen- und sicherheitspolitische Strukturen und Aktivitäten mit dem transatlantischen Rahmen kompatibel zu halten. In Anbetracht wachsender transatlantischer Friktionen hat sich in den Ländern der Region Sorge über die Zukunft der euro-atlantischen Beziehungen breitgemacht. Gleichzeitig kam dabei zum Vorschein, welche Konfigurationen und Konturen des Verhältnisses zwischen altem und neuem Kontinent bevorzugt beziehungsweise abgelehnt werden. Auf welchen Elementen basiert dieses Verständnis?

- ▶ Die USA nehmen eine globale Führungsrolle ein. »Die *leadership* der USA in der Welt wird nicht in Frage gestellt und sollte auch vollzogen werden.« Amerikas Vorherrschaft sollte umgekehrt kooperativ sein und von allen Beteiligten akzeptiert werden, damit sie nicht als Hegemonie oder Dominanz wahrgenommen wird.⁶⁵
- ▶ Europa darf kein Gegengewicht und erst recht keine Gegenmacht zu Amerika bilden. Statt Rivalität sollte kooperative Loyalität angestrebt werden. In diesem Zusammenhang geht es aber weniger um unbedingte Subordination, sondern um solidarische Koordination. Die Mehrheit der Länder Ostmitteleuropas scheint die Blairsche »shoulder-to-shoulder-strategy«⁶⁶ im Umgang mit den USA zu präferieren. Dadurch hofft man, im optimalen Falle zumindest begrenzten Einfluß auf die amerikani-

sche Außenpolitik zu erlangen, jedenfalls aber bei eventuell gegenläufigen Argumenten in Washington nicht auf taube Ohren zu stoßen.

- ▶ Anstelle einer Konstruktion konkurrierender Multipolarität wird das Fortbestehen eines integrierten euro-atlantischen Pols bevorzugt. Die punktuelle Kooperation zwischen Frankreich, Deutschland und Rußland wurde nicht nur als »Dreieck der Verlierer« und als »Trotzprojekt« bezeichnet, sondern vor allem als »neue Achse« wahrgenommen, die im schlimmsten Falle die Vorstufe zu einem euro-asiatischen Bündnis darstellen könnte.
- ▶ Die sicherheitspolitische und militärische Verzahnung Europas mit Amerika muß über die Nato als ihrer wichtigsten institutionellen Manifestation weiterhin im Kernbereich der transatlantischen Beziehungen verortet sein. Sie darf nicht durch einen lose gefügten »kulturellen Pakt« ersetzt werden. Um die Bereitschaft der USA zur Übernahme von sicherheits- und verteidigungspolitischer Verantwortung für Europa aufrechtzuerhalten, sollten die Länder Europas auch künftig Verbündete und nicht nur Partner Amerikas sein.⁶⁷ Angebliche Ambivalenzen in der europäischen Diskussion um die ESVP, bei der die Europäer zwischen Kompatibilität und Gleichgewicht schwanken, entsprechen nicht der »Optik von Verbündeten«, sondern entspringen dem Versuch, amerikanische Präponderanz ausbalancieren zu wollen.⁶⁸

Ostpolitik

Die Länder Ostmitteleuropas, allen voran Polen, beanspruchen, in der Europäischen Union eine profilierte Rolle bei der Ausgestaltung neuer Formen der Kooperation mit den künftig östlich der EU-Außengrenzen gelegenen Nachbarn zu spielen. Regierungen und Think Tanks aus der Region haben Vorschläge gemacht, wie die Beziehungen der EU zu Rußland, der Ukraine, Weißrußland und der Republik Moldau ausgestaltet werden können und auf welchen Feldern Schwerpunkte der Zusammenarbeit liegen sollen.⁶⁹

⁶⁷ Peter Schutz, *Európa proti Amerike?* [Europa gegen Amerika?], in: *Domino fórum*, (8.-14.5.2003), S. 19.

⁶⁸ Vgl. Rede des Senators und früheren tschechischen Botschafters in den USA, Michal Žantovský, <<http://www.senat.cz/ASCII.cgi/cinnost/verslys/protokoly/004vsprot.html>>.

⁶⁹ Exemplarisch hierfür ein Non-Paper des polnischen Außenministeriums zur Frage der *Östlichen Dimension* von Anfang 2003 und ein gemeinsames Projekt von Forschungs-

⁶⁵ President Aleksander Kwasniewski in the US, *Transatlantic Security at the Beginning of 2003*, Speaking Points by H. E. Aleksander Kwasniewski, the President of Poland at the National Defense University (NDU), Washington, D.C., 13.1.2003.

⁶⁶ <<http://www.eri.bham.ac.uk/PDF/917.pdf>>, S. 23.

Die immense Bedeutung und die Chancen, die aus der Kooperation mit den neuen Nachbarn und einer potentiellen »Östlichen Dimension« der EU resultieren, sind im politischen Bewußtsein und in der außenpolitischen Diskussion dieser Länder denn auch höchst präsent.

Gleichwohl läßt sich beobachten, daß in den Ländern der Region das Bestreben besteht, parallel zu einem intensivierten Engagement der EU auch die langfristige und aktive Beteiligung Amerikas am Umgang mit dem »Osten« zu sichern. Die Kontakte zwischen Europa und Rußland werden ungeachtet eines klaren Bekenntnisses zur Vertiefung der »EU-Rußland-Zusammenarbeit« auch mit latentem Argwohn beäugt. Man ist sich dessen bewußt, daß ohne die Ressourcen der Europäischen Union eine erfolgreiche Kooperation mit Rußland und den westlichen GUS-Staaten, durch die Stabilität und Reformen unterstützt werden, nicht möglich ist. Gleichzeitig existieren Bedenken, daß sich die europäischen Partner leichtfertig mit Rußland einlassen könnten. Jedenfalls erscheinen die USA als »einzige Kraft, die in der Lage ist, das Potential Rußlands effektiv auszubalancieren«. ⁷⁰ Die Annäherung zwischen Washington und Moskau nach dem 11. September löste zwar zunächst Verunsicherung in Ostmitteleuropa aus, scheint aber bald einem Urvertrauen in die amerikanische Politik gewichen zu sein, dem zufolge die amerikanische Herangehensweise an Rußland stärker auf kühler Interessenabwägung als auf Emotionen basiert. Die Forderung, das Verhältnis zu Rußland »gemeinsam mit Amerika« zu entwickeln, ⁷¹ wurzelt vermutlich in der in Ostmitteleuropa beliebten Vorstellung einer amerikanisch-europäischen Arbeitsteilung: Amerika ist für die Sicherheit zuständig, Europa für wirtschaftliche und soziale Prosperität.

Die Perzeption Amerikas als standhaftem Gegenspieler Rußlands und Garanten gegen neoexpansive

instituten aus den Visegrad-Ländern: Katarzyna Pełczyńska-Nałęcz/Alexander Duleba/László Póti/Vladimír Votápek (Hg.), *Eastern Policy of the Enlarged European Union. A Visegrad Perspective*, Bratislava 2003.

⁷⁰ Andrzej Harasimowicz/Przemysław Żurawski *vel* Grajewski, *Korzyści i koszty przystąpienia Polski do UE na odcinku Wspólnej Polityki Zagranicznej i Bezpieczeństwa oraz Europejskiej Polityki Bezpieczeństwa i Obrony [Vorteile und Kosten des EU-Beitritts Polens im Bereich GASP und ESVP]*, in: *Centrum Europejskie Natolin [Europäisches Zentrum Natolin]*, *Korzyści i koszty członkostwa Polski w Unii Europejskiej [Vorteile und Kosten der EU-Mitgliedschaft Polens]*, Forschungsbericht, Warszawa 2003, S. 201–250 (212).

⁷¹ Rede von Senator *Żantovský* [wie Fn. 68].

Pläne Moskaus verfestigte sich in den neunziger Jahren. Ohne Amerikas Unterstützung für die beiden Nato-Erweiterungen, so die Interpretation, hätte das russische Nein nicht überwunden werden können. Die Zusammenarbeit der Nato mit ihren osteuropäischen Partnern im Rahmen der Partnership for Peace wird oft als weitgehender wahrgenommen als die Zusammenarbeit der EU mit ihren Kooperationspartnern. Besonders geschätzt wird das amerikanische Engagement für die demokratische Konsolidierung und den Ausbau der Zivilgesellschaft in Ostmittel- und Osteuropa. Vertreter polnischer Nichtregierungsorganisationen weisen darauf hin, daß fast ihre gesamten Aktivitäten jenseits der polnischen Ostgrenze durch amerikanische Geldgeber finanziert werden.

Namentlich das amerikanische Engagement in der Ukraine wird positiv registriert. Im Rahmen der trilateralen PAUCI-Kooperation (*Poland–America–Ukraine Cooperation Initiative*) werden Projekte im Bereich »Zivilgesellschaft und demokratischer Wandel« unterstützt. Prinzipiell wird die Annäherung der Ukraine an die Nato als »deutlich besser« eingeschätzt als der europäische Bezugsrahmen der ukrainischen Außenpolitik. ⁷² Die Beteiligung der Ukraine an der Nachkriegsstabilisierung des Irak werten die mitteleuropäischen Länder als Erfolg, da Kiew – nach einer vorübergehenden Eintrübung der Beziehungen zu den USA – für Washington nun wieder attraktiv geworden ist. Damit ist eine unerläßliche Voraussetzung für ein strategisches Ziel einer tragfähigen ostmitteleuropäischen Ostpolitik geschaffen – die Ukraine noch intensiver in die Nato einzubinden und in ferner Zukunft auch die Mitgliedschaft des Landes in der Allianz zu erreichen.

In Anbetracht dieser Entwicklung ist davon auszugehen, daß die Beitrittsländer aus Ostmitteleuropa eine Art zweigleisige Ostpolitik anstreben werden. Neben die östliche Dimension der EU werden sie die ostpolitische Komponente der transatlantischen Beziehungen stellen. Diese würde als »doppelter Boden« der europäischen Politik gegenüber Rußland und der GUS fungieren oder, sofern beide kompatibel sind, zur Verstärkung der nachbarschaftlichen und strategischen Kooperation Europas dienen. Bei eventuellen politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Verwerfungen in Rußland, bei schleppender Weiterentwicklung der europäischen Ostpolitik, bei einer Aufwertung geo-

⁷² So Janusz Onyszkiewicz, *Ukraina a Nato [Die Ukraine und die Nato]*, Warszawa 2003 [Raporty i Analizy Centrum Stosunków Międzynarodowych, Nr. 3/2003].

politischen Denkens und Handelns in der russischen Außenpolitik und im Anschluß daran in Ostmitteleuropa oder auch bei einer als übermäßig nachgiebig empfundenen Haltung der EU gegenüber Rußland würde eine stärkere Akzentuierung der »atlantischen Ostpolitik« erfolgen.⁷³ Trotz eines gewissen Unbehagens über die Intensivierung amerikanisch-russischer Kooperation und der fortschreitenden Einbindung Rußlands in die Nato resultiert für die Länder Ostmitteleuropas hieraus auch ein entscheidender Vorteil: Durch die Schaffung eines starken amerikanisch-russischen Schenkels im strategischen Dreieck Amerika–Europa–Rußland erhofft man sich aus Gründen politischer Symmetrie ein ausbalancierendes Element gegenüber dem europäisch-russischen Schenkel.

Alternativen der Konfliktlösung

Die Irak-Krise hat deutlich gemacht, daß in Ostmitteleuropa auch in bezug auf die Ausgestaltung, Schaffung und Wahrung internationaler Ordnung Positionen anzutreffen sind, die in vielerlei Hinsicht dem amerikanischen Vorgehen (bzw. dem Vorgehen der Bush-Administration) entsprechen. Sichtbar wurde, daß ein in der Außen- und Sicherheitspolitik in den Ländern der Region feststellbarer »moralischer Historismus« mit einem ausgeprägten Gerechtigkeits- und Solidaritätsempfinden korrespondiert, das in entscheidenden Situationen stärkeres Gewicht erhält als grundlegende Regeln des Völkerrechts.

Diese Verhaltensprädisposition schließt auch eine Befürwortung von Gewaltanwendung als Instrument zur Konfliktlösung auf internationaler Ebene ein. Zu den Lehren aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts zählt man daher die Erfahrung, daß immer dann, wenn sich Demokratien um »Toleranz und Zugeständnisse gegenüber tyrannischen Regimen bemühten«, »Chaos und Blutvergießen« folgten. Der langjährige Frieden in Europa hingegen wurde erst durch Kriege gegen Tyrannen möglich.⁷⁴ Die antikommunistische

⁷³ Vgl. Lettlands Bitte um amerikanische Unterstützung in der Frage der Wiederaufnahme russischer Öllieferungen in die Hafenstadt Ventspils; Irina Esina, Lembergs i Kalniete poprosjat pomošči u SŠA [Lemberg und Kalniete werden die USA um Hilfe bitten], in: *Telegraf*, 28.4.2003; *dies.*, Buš napomnit Rossii o Ventspils [Bush wird Rußland an Ventspils erinnern], in: *Telegraf*, 19.2.2003.

⁷⁴ So zu lesen in einem tschechischen Aufruf zur Unterstützung einer eventuellen Militäraktion gegen den Irak:

Opposition in Osteuropa erwartete von den westlichen Demokratien »Unterstützung, ohne daß sie sich hinter Interessen, Paragraphen verstecken«, »Unterstützung ohne Kasuistik« und »Unterstützung im Namen von Prinzipien«.⁷⁵

Gleichzeitig ist mit dieser Haltung auch Skepsis gegenüber multilateralen und konsensorientierten Konfliktlösungsstrategien verbunden, wobei insbesondere an der Funktionsweise der Vereinten Nationen Kritik geübt wurde. Der tschechische Außenminister Svoboda betonte, daß die neue Sicherheitsstrategie der Tschechischen Republik nicht mehr so stark an der UN-Charta »kleben« werde wie bisher. Im Entwurf des Dokuments findet sich ein Passus, dem zufolge sich die Tschechische Republik »in Extremfällen« an Präventivschlägen beteiligen kann.⁷⁶ Nach Ansicht eines polnischen Parlamentariers entschied sich Polen während des Irak-Konflikts für eine von zwei grundlegenden Orientierungen hinsichtlich der Ausgestaltung der internationalen Beziehungen. Gegen eine »Welt des internationalen Chaos, regionaler Dominanz [...] und eines globalistischen Konzerts von Großmächten, die sich auf ihre Privilegien im UN-Sicherheitsrat und ihr Vetorecht berufen«, entschied sich Polen für »eine sichere Welt«, in der sich »die USA für eine Politik der Verteidigung kollektiver Sicherheit engagieren«, »sich Gewalt und Aggression im internationalen Leben entgegenstellen« sowie der Bildung »regionaler Einflußsphären« entgegenwirken.⁷⁷

Hierbei ist zu unterstreichen, daß sich die ostmitteleuropäischen Länder keineswegs vom Multilateralismus verabschieden wollen. Im Gegenteil: Die Beitrittsländer engagieren sich aktiv in multinationalen Strukturen auf regionaler und globaler Ebene. Insofern wird man sich prinzipiell der in der EU vorherrschenden Position anschließen, die eine Aufwertung multilateraler Institutionen und einen Ausbau der Netzwerke der »global governance« anstrebt.⁷⁸ Die

Petice za osvobození Iráku [Petition für die Befreiung des Irak], <<http://petice.aktualne.cz/>>.

⁷⁵ Rede des Abgeordneten Marek Jurek, Sitzung des Sejm, 26.3.2003 [wie Fn. 7].

⁷⁶ Vgl. Entwurf der neuen tschechischen Sicherheitsstrategie, Návrh novelizované bezpečnostní strategie, vorgestellt auf der 16. Sitzung des Außenausschusses der tschechischen Abgeordnetenkammer vom 11. und 12.6.2003, <<http://www.psp.cz/sqw/text/text2.sqw?C=1933&T=k2002psp4v>>.

⁷⁷ Rede des Abgeordneten Marek Jurek, Sitzung des Sejm, 26.3.2003 [wie Fn. 7].

⁷⁸ Vgl. Fraser Cameron/Antoinette Primatarova, Enlargement, CFSP and the Convention. The Role of the Accession States, Brüssel, Juni 2003 (EPIN Working Paper Nr. 5), S. 9, <<http://>

Beteiligung an militärischen oder zivilen Operationen soll nach Möglichkeit auf der Grundlage eines Mandats des UN-Sicherheitsrates erfolgen,⁷⁹ die Vereinten Nationen sollen nicht aufs Abstellgleis geraten, sondern reformiert werden und mehr Schlagkraft erhalten. Es besteht jedoch eine verhältnismäßig große Bereitschaft, außerhalb des multilateralen Rahmens zu agieren, sofern sich dieser nicht als handlungsfähig erweist.

www.epin.org/pdf/CFSP_cameron_primatarova.pdf>.

79 Dies wird auch in einer Erklärung von Außenminister *Cimoszewicz* hinsichtlich der Militäraktion bzw. der Stabilisierung im Irak vor dem Außenausschuß des Sejm deutlich, <<http://isip.sejm.gov.pl/Biuletyn.nsf/0/2F25980F4C29F74FC1256D49004BB812?OpenDocument>>.

Nationale Besonderheiten im »neuen Europa«

Das östliche Mitteleuropa gehört zu den heterogensten Regionen des Kontinents. Wenn eine Gruppe von Ländern aus diesem Teil Europas im Zusammenhang mit der nahenden EU-Erweiterung mit dem Etikett Beitrittsländer versehen wird, sollte dies nicht dazu verleiten, Unterschiede und Besonderheiten auszublenken. Das gilt auch für die Debatte um die transatlantischen Beziehungen und die Rolle der künftigen Mitglieder: Der Umstand, daß im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg dreizehn Länder aus Ostmitteleuropa den Brief der acht oder die Erklärung der Vilnius-Gruppe unterzeichnet haben, bedeutet keineswegs, daß allerorts eine gleichermaßen intensive Hinwendung zu Amerika oder zur amerikanischen Außenpolitik anzutreffen ist. Auch hinsichtlich der außenpolitischen Positionierung gegenüber den USA, der Prägekraft des »Atlantizismus« beziehungsweise der außen- und sicherheitspolitischen Schwerpunktsetzung in der EU kommen nationale Eigenheiten zur Geltung. Die oben angesprochenen Spezifika des »neuen Europa«, die dieses potentiell in Gegensatz zu einigen Ländern des »alten Europa« bringen, kommen durch unterschiedliche nationale Erfahrungen und Interessen zum Ausdruck. Ähnlich wie im alten bestehen auch im neuen Europa« (wenn auch nicht in einer ähnlich krassen Form wie im Westen des Kontinents) Unterschiede in der atlantischen Ausrichtung einzelner Länder.

Die Solidarisierung mit den USA im Zusammenhang mit dem Irak-Konflikt brachte zum Vorschein, daß das Verhalten der ostmitteleuropäischen Regierungen innenpolitisch unterschiedlichen Rückhalt fand. Neben einer in allen Ländern eindeutig negativ eingestellten öffentlichen Meinung zum amerikanischen Vorgehen gegen den Irak und zur Loyalität ihrer Regierungen zu Washington stießen die proamerikanisch engagierten Exekutiven auf Widerstand in Publizistik und Opposition sowie bei der eigenen parteipolitischen oder parlamentarischen Basis.

Tschechische Republik

In der *Tschechischen Republik* wurde Unmut über den Amerika-treuen Kurs der Regierung nicht nur von der

radikalen kommunistischen Opposition geäußert, auch innerhalb der Regierungsparteien sowie in der oppositionellen Bürgerpartei ODS bestanden abweichende Meinungen. Nicht von ungefähr wurde der Brief der acht nicht vom Regierungschef, sondern vom damaligen Staatspräsidenten Havel unterschrieben. Bald zeichnete sich ab, daß sich die politische Landschaft in der Irak-Frage uneinheitlich formierte. Es bildete sich ein atlantisches Lager, das aus einer starken Gruppe in der Sozialdemokratie von Premier Špidla (u.a. Verteidigungsminister Tvrdík, Innenminister Gross), einer Mehrheit innerhalb der ODS (darunter die stellvertretenden Parteivorsitzenden Tvrdík und Zahradil), dem mit Außenminister Svoboda sympathisierenden Teil der christdemokratischen KDU-ČSL und der konservativ-liberalen Freiheitsunion (US) bestand. Auf der anderen Seite standen Staatspräsident Klaus, Teile der Sozialdemokratie und die Kommunisten. Zum Wortführer der konservativen Amerika-Kritik avancierte Václav Klaus, der durch seine Äußerungen sogar den US-Botschafter in Prag verstimmt. Klaus hatte bereits 1999 keinen Hehl aus seiner Ablehnung der Kosovo-Intervention gemacht.

Auf dem Ende März abgehaltenen Parteitag der Sozialdemokraten wurde eine Resolution angenommen, in der die amerikanische Intervention im Irak verurteilt und als völkerrechtswidrig bezeichnet wurde⁸⁰ – was einer offenen Kritik an der eigenen, sozialdemokratisch geführten Regierung gleichkam. Das tschechische Parlament beharrte auf dem Standpunkt, ein militärisches Vorgehen gegen den Irak erfordere ein neues UN-Mandat. Die Regierung mußte in Anbetracht des innenpolitischen Klimas deutlich machen, daß die Tschechische Republik nicht Mitglied der von Washington geführten Koalition sei. Verteidigungsminister Tvrdík sah sein Land in der Irak-Krise zwischen USA und Großbritannien einerseits, Deutschland und Frankreich andererseits und vertrat die Auffassung, daß die tschechische Haltung nicht »einseitig amerikanisch« sei.⁸¹ Im Urteil eines tschechi-

⁸⁰ Rezoluce XXXI. sjezdu ČSSD k Iráku [Resolution des 31. Parteitages der ČSSD zum Irak], <www.cssd.cz>.

⁸¹ Do války s červenou kartou [Mit der roten Karte in den

schen Beobachters hat es die Prager Regierung durch einen Schaukelkurs zwischen Amerika und Europa fertiggebracht, »to sit with one back on two chairs«.⁸²

Slowakei

Auch in der *Slowakei* kam es zu heftigen Debatten. Die Uneinigkeit innerhalb der politischen Lager wurde sichtbar, als der Slowakische Nationalrat Anfang Februar über die Entsendung einer ABC-Schutzeinheit nach Kuwait abstimmte. Nicht nur die Opposition (die linkszentristische Smer, die Kommunisten sowie die Mehrheit der HZDS von Vladimír Mečiar), sondern auch die meisten Abgeordneten der mitregierenden Christdemokraten (KDH) votierten gegen das Vorhaben der konservativ-liberalen Regierung.⁸³ Robert Fico, Vorsitzender der wichtigen Oppositionspartei Smer, warnte davor, die bisherigen UN-Resolutionen als Mandat für eine Militäroperation heranzuziehen.⁸⁴ Der Regierung von Premierminister Dzurinda warf Fico vor, sich »auf den Weg einer groben Völkerrechtsverletzung zu begeben« und aus der Slowakei eine »Insel amerikanischen Einflusses« machen zu wollen.⁸⁵ Die Gegner einer weitgehenden Amerika-Loyalität waren sich zweifelsohne eines beachtlichen Amerika-kritischen Potentials in der slowakischen Bevölkerung bewußt. Dies manifestierte sich dezidiert darin, daß eine deutliche Mehrheit der Slowaken das Verhalten Deutschlands und Frankreichs positiver bewertete als

Krieg], Interview mit dem Verteidigungsminister der tschechischen Republik, Jaroslav Tvrđík, in: Týden, (24.2.2003) 9.

⁸² David Král, Czech Republic and the Iraq Crisis – Oscillating between the Two Sides of the Atlantic, 16.4.2003, <http://www.europeum.org/cz/zobraz_komentar.asp?id=24>.

⁸³ Die Regierung konnte die Abstimmung nur mit den Stimmen aus der HZDS für sich entscheiden. Marek Štastný/Rastislav Havran, Postoje politických aktérov na Slovensku k vybraným otázkam zahraničnej politiky a medzinárodných vzťahov po 11. septembri 2001 [Die Haltung der politischen Akteure der Slowakei zu ausgewählten Fragen der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen nach dem 11. September 2001], in: Grigorij Mesežnikov/Marek Štastný (Hg.), USA a transatlantická spolupráca v názoroch politických strán, občanov a médií na Slovensku [Die USA und die transatlantische Zusammenarbeit aus der Sicht von politischen Parteien, Bürgern und Medien in der Slowakei], Bratislava 2003, S. 48–54 (50ff).

⁸⁴ Fico: Powellov dojem na laikov [Fico: Powells Eindruck auf Laien], in: Sme, 7.2.2003.

⁸⁵ Fico: Vláda z nás robí ostrov amerického vplyvu [Fico: Die Regierung macht aus uns eine Insel amerikanischen Einflusses], in: Sme, 8.2.2003.

jenes der USA oder der Slowakei. Rund zwei Drittel der slowakischen Bevölkerung sind für eine Beendigung der amerikanischen Militärpräsenz in Europa.⁸⁶ Die Akzeptanz der Nato-Mitgliedschaft in der slowakischen Bevölkerung war wiederholt großen Schwankungen ausgesetzt.

Slowenien

In *Slowenien* war der Kurs der Regierung und insbesondere die Unterzeichnung der Deklaration der Vilnius-Gruppe durch Außenminister Rupel umstritten. Premier Rop hob hervor, daß Slowenien zwar Mitglied der nach dem 11. September 2001 gebildeten internationalen Antiterrorcoalition, nicht jedoch der Irak-Koalition sei. Nach Ansicht des Staatspräsidenten Drnovšek gehörte Slowenien lediglich einer Koalition an, deren Ziel die Entwaffnung des Irak sei.⁸⁷ Anfang April erklärte Rop, Slowenien gehöre unter den EU-Mitgliedern zu jenen Staaten, die »den USA am wenigsten erlaubten«, da keine Transit- und Überflugrechte für militärische Zwecke gewährt würden. Für Washington sei Slowenien das einzige der sieben Nato-Beitrittsländer, das die US-geführte Koalition nicht unterstütze.⁸⁸ Janez Janša, der Vorsitzende der oppositionellen konservativen Sozialdemokraten (SDS), warf der Regierung vor, sie nehme keine klare Haltung ein und sage »zu Hause Ja, doch in Amerika Nein«.⁸⁹ Der vorsichtige Kurs der Regierung kann auch darauf zurückgeführt werden, daß das in Slowenien durchgeführte Referendum über die Nato-Mitgliedschaft (zusammen mit der Abstimmung über den EU-Beitritt abgehalten) mit der Irak-Krise zusammenfiel.⁹⁰ Die an Traditionen der Blockfreiheit anknüpfenden Gegner der slowenischen Nato-Mitgliedschaft fanden lange Zeit große Resonanz in der Bevölkerung. Überdies be-

⁸⁶ Vladimír Krivý, Vzťah slovenskej verejnosti k USA – Sekundárna analýza výsledkov výskumu [Die Einstellung der slowakischen Öffentlichkeit zu den USA – Sekundäranalyse der Umfrageergebnisse], in: Mesežnikov/Štastný (Hg.), USA a transatlantická spolupráca [wie Fn. 83], S. 7–35.

⁸⁷ »Doma proti, v Ameriki za« [Zu Hause dagegen, in Amerika dafür], in: Delo, 3.4.2003.

⁸⁸ Odnos Slovenije do vojne v Iraku [Die Einstellung Sloweniens zum Krieg im Irak], in: Delo, 4.4.2003.

⁸⁹ »Doma proti, v Ameriki za« [wie Fn. 87].

⁹⁰ Vgl. zum Referendum Alenka Krašovec/Damjan Lajh, The Slovenian EU (and Nato) Accession Referendum(s), Sussex European Institute, 23.3.2003 (Referendum Briefing No. 5), <<http://www.sussex.ac.uk/Units/SEI/oern/ElectionBriefings/Referendum/Slovenian3.pdf>>.

standen selbst in wichtigen Regierungsparteien (vor allem in der linken Vereinigten Liste [ZLSD], aber auch in der wichtigsten Gruppierung der liberalen LDS von Premier Rop),⁹¹ Zweifel am Beitritt zur Allianz. Sowohl während des Irak-Konflikts als auch hinsichtlich der Haltung der Nato zeigte sich, daß in Slowenien starke Amerika-skeptische und neutralitätsorientierte Kräfte existieren – Teile der ZLSD, der Rentnerpartei DeSUS oder der Jugendpartei SMS sowie die radikale Nationalpartei SNS und einige der im Lande tonangebenden Printmedien. Die proamerikanische Strömung aus konservativer Opposition und einem Teil der Liberalen (SDS, Neues Slowenien [NSi], Teile der LDS) muß immer mit einer gegenüber den USA zurückhaltenden Öffentlichkeit rechnen.

Ungarn

Von einem zwischen Amerika und Europa balancierenden Kurs zeugt auch das *ungarische* Verhalten während der Irak-Krise. Die sozialliberale Regierung Medgyessy unterstützte Washingtons Irak-Politik wenig begeistert und eher zögerlich. In den Augen einer polnischen Beobachterin resultierte die ungarische Unterstützung für die USA nicht aus innerer Überzeugung, sondern wurde durch »großen Druck amerikanischer und britischer Diplomaten erzwungen«. ⁹² Der Ex-Premier und Chef des oppositionellen FIDESZ distanzierte sich mehrmals vom Kurs der Regierung und forderte diese auf, deutlich zu machen, daß Ungarn nicht der Irak-Kriegskoalition angehöre. ⁹³ Vertreter des FIDESZ hatten bereits die Unterzeichnung des Briefs der acht durch Premier Medgyessy als »unverantwortlich« und »servil« gebrandmarkt. ⁹⁴ Auch im FIDESZ gab es aber wohl eine Spaltung zwischen Atlantikern und Pragmatikern, die stärker auf die

91 LDS in natoskepticizem [Die LDS und der Nato-Skeptizismus], in: Mladina, 5.8.2002.

92 Węgry cenią sojusz z USA, ale bardziej ciężą ku Europie [Die Ungarn schätzen das Bündnis mit den USA, tendieren aber eher zu Europa], in: Gazeta Wyborcza, 16.6.2003.

93 Nemzet, család, polgár [Nation, Familie, Bürger], in: Magyar Nemzet online, 29.3.2003.

94 Éles vita Irákról napirend elótt [Scharfe Diskussion über den Irak vor der Tagesordnung], in: NOL, 4.2.2003. Der FIDESZ wollte einerseits bei der mehrheitlich gegen einen Irak-Krieg eingestellten Bevölkerung punkten, andererseits heftige Kritik, mit der die Regierung Orbán aus Amerika bedacht worden war, mit gleicher Münze zurückzahlen. Traditionell verfolgt der liberal-konservative FIDESZ ansonsten einen betont proatlantischen Kurs.

kriegskritische öffentliche Meinung hörten. ⁹⁵ Die Opposition stimmte zwar letztlich der Beteiligung ungarischer Soldaten an der Nachkriegsstabilisierung im Irak zu, wohl mit Blick auf Polen erklärte Viktor Orbán jedoch, Ungarn habe keine »Ambitionen, spezielle Beziehungen zu irgendeiner Großmacht zu etablieren«. ⁹⁶ Alles in allem scheint Ungarn bemüht gewesen zu sein, sich nicht zu stark in die eine oder andere Richtung zu profilieren. Die sozialliberale Regierung verfolgte nach Aussage eines ungarischen Sicherheitsexperten eine Politik, mit der sie sowohl zu Washington als auch zu Brüssel Ja sagen konnte. ⁹⁷

Baltische Staaten

In den *baltischen Staaten* stieß die Parteinahme für die Vereinigten Staaten kaum auf innenpolitischen Widerstand. Neben vereinzelter Kritik einiger Experten und Kommentatoren waren es vor allem russischsprachige Medien und politische Organisationen der russischen Minderheit, die sich gegen die Unterstützung des amerikanischen Vorgehens im Irak aussprachen. ⁹⁸ Im Gegensatz zur Presse Estlands und Lettlands wurde in der russischsprachigen Diskussion in diesen beiden Ländern die Meinung vertreten, Neutralität oder eine proeuropäische Haltung seien der Nato-Mitgliedschaft vorzuziehen. ⁹⁹ Im lettischen Parlament stimmten Mitte März zu einem übermäßig hohen Anteil von der russischen Minderheit gewählten Parteien (»Für Menschenrechte in einem Vereinten Lettland«, Partei der Volksharmonie) gegen eine Resolution, in der abermals Unterstützung für die Entwaffnung des Irak signalisiert wurde und mit der die finanziellen Vor-

95 Magyar pártfrontvonalak [Wie die Fronten zwischen den ungarischen Parteien verlaufen], in: Népszabadság, 21.3.2003.

96 Czy węgierskie wojsko trafi do polskiej strefy w Iraku? [Werden die ungarischen Truppen im polnischen Sektor des Irak eintreffen?], in: Gazeta Wyborcza, 29.5.2003.

97 Kettén egy aláírásról [Zwei über eine Unterschrift], in: Élet és Irodalom, (7.2.2003) 6.

98 Zu den wenigen Gegenbeispielen gehört ein offener Brief der bäuerlichen Volksunion in Estland an Premier Kallas, in dem dazu aufgerufen wurde, ein neutrale Position zu beziehen; <<http://www.rferl.org/balticreport/2003/02/7-280203.html>>.

99 Vgl. Reakcje państw Europy Środkowej i Południowej oraz krajów bałtyckich na wypowiedź prezydenta Francji Jacques'a Chiraca [Reaktionen der Staaten Mittel- und Südeuropas sowie der baltischen Staaten auf die Äußerungen des französischen Präsidenten, Jacques Chirac], in: Komentarze OSW, <<http://www.osw.waw.pl/pub/koment/2003/02/030220.htm>>.

aussetzungen für ein lettisches Engagement im Nachkriegsiraq geschaffen wurden.¹⁰⁰

Polen

In Polen wurde der Kurs der Regierung von den meisten politischen Gruppierungen mitgetragen. Unter den im Sejm vertretenen Parteien wandten sich lediglich die radikalen Kräfte entschieden gegen eine Unterstützung Amerikas im Irak-Konflikt. National-katholische Kreise wiesen auf die Position des Vatikans hin und nannten einen Angriff auf den Irak ein »Verbrechen gegen den Frieden«.¹⁰¹ Bauernführer Andrzej Lepper hielt den Irak-Krieg für »moralisch illegitim« und »völkerrechtswidrig«.¹⁰² Weniger scharf, aber in der Sache dennoch kritisch äußerten sich Vertreter der zu jenem Zeitpunkt noch mitregierenden Bauernpartei, die »formalrechtliche Zweifel an der aktiven Beteiligung Polens am Irak-Krieg« äußerten und die Exekutive aufforderten, nach »anderen Lösungen« zur Bekämpfung des Terrorismus zu suchen.¹⁰³ Vereinzelt Kritik kam auch aus den Reihen der regierenden Linksallianz (SLD) – von der Parteibasis, von einigen wenigen Abgeordneten oder in linksorientierten Medien. Die konservative Opposition warf der Regierung zwar vor, in der Bevölkerung den Eindruck von »Übereifer« zu erzeugen, sich zu weit vorzuwagen und diplomatisch unklug zu verhalten, indem sie Washington »bedingungslose Unterstützung« zugesichert habe. Gleichwohl schloß sie sich der Linie der Regierung an und hieß auch die militärische Beteiligung Polens an der Irak-Operation gut. Allein der Umstand, daß sich der Krieg gegen den Diktator Saddam Hussein richte, »bildet eine ausreichende Rechtfertigung und Begründung für unsere Anwesenheit

dort.«¹⁰⁴ Die »Staatsräson des unabhängigen Polen ist auf der Seite der USA, unseres wichtigsten Verbündeten«.¹⁰⁵ Die Kritiker der Regierungslinie beriefen sich in erster Linie auf die Haltung des Papstes und die öffentliche Meinung. Ihre Argumente hatten jedoch keinen Einfluß auf das Verhalten der Regierung. Es kam weder zu Massenprotesten gegen den Irak-Krieg noch lief die Regierung je Gefahr, durch ihren Kurs an Popularität einzubüßen.

Fazit Unterschiedliche historische Erfahrungen, geographische Situierungen oder geopolitische Konstellationen sind Ursachen dafür, daß der Grad des Pro-amerikanismus in den Beitrittsländern aus Ostmitteleuropa variiert. Insbesondere dort, wo der russische beziehungsweise der deutsch-russische Faktor eine große Rolle spielt und für die gegenwärtige Risikoanalyse und außenpolitische Positionsbestimmung maßgeblich erscheint, ist eine besondere Akzentuierung des amerikanischen Faktors in der Außen- und Sicherheitspolitik zu beobachten. Dies trifft für Polen und die baltischen Staaten zu. Weniger intensiv hingegen ist die Amerika-Orientierung in der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn oder Slowenien. In diesen Ländern weist die proamerikanische Ausrichtung auch ein beachtliches taktisches Moment auf. Aufgrund der spezifischen historischen Vermächtnisse, des gesellschaftlichen Klimas sowie der innenpolitischen Situation wären die politischen Eliten dieser Länder rasch in der Lage, die europäische Dimension ihrer Außen- und Sicherheitspolitik stärker in den Vordergrund zu rücken. Auch in diesen Ländern handelt es sich aber nicht um einen lediglich an politischen Opportunitäten orientierten »konjunkturellen Atlantizismus«.

100 RFE/RL Baltic States Report, 4 (31.3.2003) 11, <<http://www.rferl.org/balticreport/2003/03/11-310303.html>>.

101 So der Abgeordnete der »Polnischen Verständigung« PP, Jan Łopuszański, Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Sejm vom 25.2.2003, <www.sejm.gov.pl>.

102 Sitzung des Sejm, 26.3.2003, Informacja rządu w sprawie udziału polskiego kontyngentu wojskowego w składzie sił koalicji międzynarodowej dla wymuszenia przestrzegania przez Irak rezolucji Rady Bezpieczeństwa ONZ [Information der Regierung über die Beteiligung eines polnischen Truppenkontingents an der internationalen Koalition zur Durchsetzung der Irak-Resolution der UN], <www.sejm.gov.pl>.

103 Rede des Abgeordneten der Bauernpartei Janusz Dobrosz, Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Sejm vom 25.2.2003, <www.sejm.gov.pl>.

104 Rede des Abgeordneten der Bürgerplattform und Ex-Verteidigungsministers Bronisław Komorowski, Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Sejm vom 25.2.2003, <www.sejm.gov.pl>.

105 Rede des Abgeordneten der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), Marek Jurek, Sitzung des Sejm, 26.3.2003 [wie Fn. 7].

Konsequenzen für die GASP

Die Zerwürfnisse im Vorfeld und während des Irak-Konflikts haben die Furcht aufkommen lassen, die Aufnahme neuer Mitglieder aus Ostmitteleuropa in die EU werde künftig die innereuropäische Spaltung in ein atlantisch geprägtes und ein europäisch-emanzipatorisches Lager vertiefen. Damit wäre die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zusätzlich fragmentiert, ihre Weiterentwicklung nachhaltig gefährdet. Daß aber die außen- und sicherheitspolitische Kohärenz der Europäischen Union durch den Beitritt atlantisch orientierter Neumitglieder tatsächlich leiden wird, steht keineswegs fest.

Das Gewicht der Beitrittsländer

Das wirtschaftliche und militärische Potential der Beitrittsländer ist begrenzt. Das gemeinsame Bruttoinlandsprodukt der Neumitglieder der ersten Erweiterungsrunde macht weniger als fünf Prozent der gesamten Wirtschaftskraft der Union aus. Unzulänglichkeiten beim Funktionieren des Staatsapparates, Defizite in der öffentlichen Verwaltung und chronische Engpässe bei den Staatsfinanzen erschweren Modernisierung und Effizienzsteigerung in Gesellschaft und Wirtschaft. Auch das militärische Gewicht wird angesichts des Zustandes der Streitkräfte und der angespannten Situation bei den Verteidigungsausgaben auf absehbare Zeit limitiert bleiben.

Neue Allianzen?

Nicht zu unterschätzen ist hingegen das politische Potential der Neumitglieder. Es kann durch inner-europäische Allianzbildungen aufgewertet werden. Der Gedanke einer Stärkung des atlantischen Lagers in der Europäischen Union durch die ostmitteleuropäischen Staaten erfreut sich in diesem Zusammenhang einer beachtlichen Popularität. Die Bündnisidee umfaßt dabei zwei Dimensionen: Einerseits wird an ein Bündnis der neuen Mitgliedstaaten mit denjenigen alten Mitgliedern gedacht,

die sich in besonderem Masse »atlantizistisch« profilieren; Großbritannien nimmt hier eine Schlüsselstellung ein.¹⁰⁶ Bemerkenswert ist der tschechische Ruf nach einer Orientierung an den Niederlanden – einem traditionell atlantisch ausgerichteten Mitgliedstaat, der aber in der Irak-Krise einen ausbalancierten Kurs verfolgte.¹⁰⁷

Die zweite Dimension besteht in der Zusammenarbeit der ostmitteleuropäischen Länder untereinander. Diese soll emanzipatorische »Exzesse Westeuropas ausbalancieren«,¹⁰⁸ also als eine Art Gegengewicht zum Gegengewicht fungieren. Sie hätte unter anderem die westeuropäischen Partner daran zu erinnern, daß ihr »latenter Antiamerikanismus töricht und strategisch schädlich ist.«¹⁰⁹ Da Berlins unbeirrtes Festhalten an der atlantischen Orientierung nicht mehr über alle Zweifel erhaben sei, sollen die Neumitglieder Deutschlands Platz als »ständiger Teilnehmer der proamerikanischen Gruppe« einnehmen.¹¹⁰ In diesem Szenario wird Polens hervorgehobene Rolle als Scharnier zwischen den Neumitgliedern und Großbritannien sichtbar, der »atlantischen Bastion« in der alten EU. Eine um die Türkei erweiterte ostmitteleuropäische

106 Exemplarisch der slowakische Premier *Dzurinda*, der während seines Besuchs in Großbritannien im April erklärte, die Position der Slowakei im vereinten Europa decke sich mit jener, die Tony Blair eingenommen habe; *Dzurinda*: Amerika a Európa musia zostať spolu [Dzurinda: Amerika und Europa müssen zusammenbleiben], 14.4.2003, SITA, <http://www.sdkuonline.sk/index.php3?q_kategoria=4&q_id=1259>.

107 Radek *Khol*, Česká republika a Společná zahraniční a bezpečnostní politika EU [Die Tschechische Republik und die GASP der EU], ÚMV Praha, pro Europeum, <http://www.europeum.org/cz/Analyzy/EPF_SZBP.pdf>.

108 Budeme sa správať ako spojenci USA [Wir werden uns wie Alliierte der USA verhalten], Interview mit dem slowakischen Außenminister Eduard *Kukan*, in: Domino Fórum, (2002) 42.

109 Tomáš *Klvaňa*, Nato jako holdingová spoločnosť [Die Nato als eine Holding-Gemeinschaft], in: Střední Evropa – revue pro středoevropskou kulturu a politiku. »Pražský summit Nato«, 18 (November 2002) 113, S. 129–139 (138).

110 Robert *Bogdański*/Jerzy Marek *Nowakowski*, Siły ślamiarnego reagowania [Träger Reaktionskräfte], in: Wprost, (11.5.2003) 19.

»innere Koalition zur Stärkung der transatlantischen Bindung« in der Nato könnte das proatlantische Lager in der EU flankieren.¹¹¹ Die transatlantischen Beziehungen könnten eines der Themen werden, mit deren Hilfe sich die bislang schleppend verlaufende Kooperation im Rahmen der Visegrad-Gruppe weiterentwickelt.

Die atlantische Perspektive

Die Intensität des ostmitteleuropäischen Atlantizismus hängt nicht zuletzt von außen- und sicherheitspolitischen Kontextfaktoren im europäischen und globalen Umfeld ab, auf die die Länder der Region keinen oder nur beschränkten Einfluß haben. Die Ausprägung dieser Parameter wird maßgebend darüber entscheiden, ob es zu Versteifungen oder Veränderungen im strategischen Kalkül und bei der Risikoanalyse in den Beitrittsländern kommt.

- **Zukunft der Nato** Die ostmitteleuropäischen Länder wollen die Anpassung der NATO an ein neues Sicherheitsumfeld unterstützen (insbesondere um die Allianz weiterhin für Washington attraktiv erscheinen zu lassen), gleichzeitig aber an den »klassischen Aufgaben der Kollektivverteidigung ihrer Mitglieder im transatlantischen Raum«¹¹² festhalten. Sollte indes dieser Spagat mißlingen und es infolgedessen zu einer Schwächung der traditionellen Rolle und Bedeutung der Allianz kommen, könnte dies auch für die Länder in Ostmitteleuropa ein Impuls für die Stärkung der ESVP sein.¹¹³
- **Beziehungen USA–Rußland** Zwar wollen die ostmitteleuropäischen Länder eine enge Einbindung Amerikas in die Ausgestaltung der Kontakte zu Rußland, langfristig könnte aber dennoch das Mißtrauen gegenüber der amerikanisch-russischen Kooperation zunehmen. Anhänger einer zurückhaltenden Rußlandpolitik

111 *Klvaňa*, Nato jako holdingová společnost [wie Fn. 109].

112 Vgl. Nowa polityka zagraniczna III Rzeczypospolitej [wie Fn. 59], S. 8–13 (9).

113 Jiří Šedivý, Obecná proměna strategického prostředí po 11. září 2001 [Allgemeiner Wandel des strategischen Umfelds nach dem 11. September 2001], in: Nové bezpečnostní prostředí po 11. září a Evropská unie. Dopad na Českou republiku [Neues Sicherheitsumfeld nach dem 11. September und die EU. Auswirkungen auf die Tschechische Republik], ÚMV, FES, Praha 2002, S. 5–10 (6).

erhofften sich daher durch den Irak-Konflikt eine Abkühlung im amerikanisch-russischen Verhältnis.¹¹⁴ Da sie bisher nicht eingetreten ist, macht sich der Verdacht breit, der Preis für Moskaus Stillhalten im Irak könne eine schweigende Zustimmung Washingtons zu russischen (Wirtschafts-) Aktivitäten in Ostmitteleuropa sein.¹¹⁵

- **Verhältnis Nato–Rußland** Würde die Kooperation Rußlands mit der Nato stetig vertieft, so könnte sich für die Länder Ostmitteleuropas hieraus eine positivere Wahrnehmung der ESVP ergeben. Denn sollte sich aus der Anbindung Rußlands an die Nato eine Einbindung und damit in Zukunft eine »Integration« ergeben, stünde die Allianz für die Länder aus der Region jenseits eines sicherheitspolitisch akzeptablen Rubikons. Gelingt es nicht, »Moskau ausreichend auf Distanz zur Nato zu halten«, könnten die ostmitteleuropäischen Länder den von ihnen gewünschten Typ eines Sicherheitsbündnisses eher »in der EU« finden.¹¹⁶ Setzt sich in den ostmitteleuropäischen Ländern die Meinung durch, die EU könne infolge mangelnder Fähigkeiten und fehlenden politischen Willens auch langfristig keine tragfähige Alternative zur traditionellen Sicherheitsgarantie der Allianz bieten, würde ein dritter Weg jenseits von Nato und EU/ESVP eingeschlagen, der sich bereits jetzt abzeichnet: die direkte sicherheits- und verteidigungspolitische Verketzung mit den USA (siehe unten, S. 29).
- **Situation in Rußland** Rußland wird in Ostmitteleuropa nach wie vor als unberechenbar und instabil wahrgenommen. Sofern es zu einer nachhaltigen sozialökonomischen Konsolidierung kommt und sich in Rußland »Pragmatismus und der Wille durchsetzt, sich mit den Strukturen der entwickelten Staaten zu integrie-

114 Przemysław Zurawski vel Grajewski, Unia Europejska wobec terroryzmu – reakcje na atak z 11 września 2001 r. [Die EU gegenüber dem Terrorismus: Reaktionen auf den Angriff vom 11. September 2001], in: Polska w Europie, (Juni 2002) 40, <<http://217.197.164.162/cgi-bin/pxx/sas.cgi?r=52&p=7168.1&f=DOC>>.

115 A Deal between Moscow and Washington on the Forthcoming War against Iraq – Implications for Eastern and Central Europe?, 15.10.2002 (Budapest Analyses, No. 5), <<http://www.budapestanalyses.hu/index.php?q=20>>.

116 Vladimír Votápek, Polozměna ruské zahraniční politiky [Die halbe Veränderung der russischen Außenpolitik], in: Mezinárodní politika, (2002) 8, S. 12–13 (13).

ren«, könnten längerfristige Veränderungen in der Wahrnehmung des großen Nachbarn eintreten, die bisherige Befürchtungen weitgehend außer Kraft setzen.¹¹⁷ Gerade in Anbetracht der sich wandelnden amerikanisch-russischen Beziehungen und der Transformation der Nato könnten ESVP und GASP in Ostmitteleuropa an Attraktivität gewinnen. Für die Neumitglieder wäre dann aber wichtig, daß sich die Heranführung Rußlands an GASP und ESVP nicht nach dem Muster der Nato-Annäherung abspielt und bei der Involvierung ein Mindestabstand eingehalten wird.

- ▶ **Transatlantische Beziehungen** Entscheidend für den Gang der Dinge wird die Entwicklung der transatlantischen Beziehungen sein. Sofern die ESVP (im Einklang mit ihrem »Gründungsauftrag«) als Nato-kompatibles Instrument zur Festigung der transatlantischen Bindungen entwickelt wird, werden die ostmitteleuropäischen Neumitglieder ihre Stärkung aktiv unterstützen. Denn damit Europa für Amerika attraktiv bleibt, muß es sich sicherheitspolitisch und militärisch profilieren. Andernfalls würde sich Washington noch stärker an »strategischen Partnern« orientieren, mit denen es zwar nicht unbedingt alle Werte teilt, die aber sicherheitspolitisch und militärisch interessant sind.¹¹⁸

Wie sich diese Rahmenbedingungen entwickeln, ist ungewiß. Offenkundig ist jedoch, daß sie Raum für eine Evolution der außen- und sicherheitspolitischen Zielsysteme der neuen Mitglieder bieten und daß eine Harmonisierung mit den Positionen stärker »europäisch« denkender EU-Mitglieder prinzipiell möglich ist. Wird im Lichte der transatlantischen Beziehungen nach den Perspektiven der GASP als Konsequenz der Erweiterung gefragt, so sind zwei weitere Faktoren zu berücksichtigen, die längerfristig einer Akkomodierung zuträglich sind.

Das Euro-Atlantische Fundament

Die Außenpolitik aller Beitrittsländer steht grundsätzlich auf einem euro-atlantischen Fundament. Die ostmitteleuropäischen Länder wenden sich deshalb zwar gegen eine gaullistische oder emanzi-

patorische Europaorientierung, die Variante »America only« jedoch, die bewußte Beschränkung auf Amerika in Frontstellung gegen oder unter Umgehung von Europa ist eine Option, die nicht vom außenpolitischen *Mainstream* in den Beitrittsländern vertreten wird.¹¹⁹ Obschon in der abgelaufenen Dekade phasenweise der Eindruck entstand, die Mitgliedschaft in der Nato habe in einigen ostmitteleuropäischen Ländern einen höheren Stellenwert als der EU-Beitritt, war die Aufnahme in NATO und EU spätestens seit Mitte der neunziger Jahre in allen Beitrittsländern¹²⁰ eine gemeinsame strategische Priorität.

Europäisierung

Der Beitritt zur EU wird in den neuen Mitgliedsländern, ihren politischen Eliten und in den politisch-administrativen Apparaten »die Penetration der europäischen Dimension in nationale politische Arenen« vorantreiben. Die europäische Dynamik wird in stärkerem Maße als bislang ihren Niederschlag in nationalen Diskursen, Identitäten, politischen Strukturen und öffentlicher Politik finden.¹²¹ Die dichten wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen mit der EU können diese Tendenz nur verstärken. Außenhandel mit und Investitionen aus der EU bewegen sich auf einem deutlich höheren Niveau als mit den USA. Hinzu kommt, daß die ostmitteleuropäischen Länder für die von ihnen avisierten Schlüsselprojekte im Rahmen der GASP, also etwa Ostpolitik beziehungsweise Nachbarschaftspolitik, die Unterstützung wichtiger Partner aus der alten EU benötigen, insbesondere diejenige Frankreichs und Deutschlands.

Langfristig werden auch die Erwartungshaltungen und Grundvorstellungen in den einzelnen Gesellschaften nicht ohne politische Spuren bleiben. Bereits vor und während des Irak-Konflikts hatte

¹¹⁹ Abweichend demgegenüber radikale, am anglo-amerikanischen Neokonservativismus orientierte Strömungen, wie etwa in der tschechischen ODS oder in einigen Gruppierungen der polnischen Rechten.

¹²⁰ Abgesehen vom Intermezzo der Mečiar-Ära in der Slowakei, wobei aber auch in dieser Phase die Mitgliedschaft in EU und Nato zumindest formell erklärtes Ziel der Regierungen war.

¹²¹ Robert *Ladrech*, *Europeanisation and Political Parties: Towards a Framework for Analysis*, Belfast: Queen's University, 2001 (Queen's Papers on Europeanisation, No. 2/2001), <<http://www.qub.ac.uk/ies/onlinepapers/poe2-01.pdf>>.

¹¹⁷ Ebd. S. 12–13.

¹¹⁸ Jiří *Pehe*/Milada Anna *Vachudová*, *Two Halves Don't Make a Whole*, in: *The New Presence*, 4 (2002) 3, S. 8–10.

sich gezeigt, daß die proamerikanische Haltung der Regierungen in den ostmitteleuropäischen Ländern meist ohne Rückhalt in der Bevölkerung blieb. Doch auch über Fragen hinaus, in denen es unmittelbar um Krieg und Frieden geht, herrscht in allen Beitrittsländern aus dem östlichen Teil des Kontinents eine klare Präferenz für ein außen- und sicherheitspolitisch starkes Europa. In allen Beitrittsländern gibt es beispielsweise eindeutige Mehrheiten für eine gemeinsame Entscheidungsfindung in der Außen- wie auch in der Verteidigungspolitik. Überall kamen auch Mehrheiten für die Europäische Union zustande, als danach gefragt wurde, ob EU, Nato oder nationale Regierungen die Entscheidungen im Bereich der Verteidigungspolitik treffen sollen. Die Rolle der Vereinigten Staaten in der Welt wird deutlich negativer gesehen als die der EU. Insgesamt weichen die Umfragewerte in den ostmitteleuropäischen Beitrittsländern nicht wesentlich von denen in der alten EU ab.¹²²

122 Die entsprechenden Umfrageergebnisse finden sich in Eurobarometer 2003.3. Public Opinion in the Candidate Countries. Full Report, Abb. 1–5, S. 16–28. Vgl. <http://europa.eu.int/futurum/documents/other/oth011003_en.pdf>. Auch die durch den German Marshall Fund in Auftrag gegebenen Umfragen, Transatlantic Trends für 2003, bestätigen diesen Eindruck. Zwar besteht in Polen für die USA in vielerlei Hinsicht größere Sympathie als in Deutschland oder Frankreich, mit Blick auf die Position der Vereinigten Staaten als Supermacht bzw. eine amerikanische Führungsrolle in der internationalen Politik liegen die deutschen und die polnischen Umfrageergebnisse aber näher beieinander als etwa die deutschen und die französischen Werte. Polen halten zwar im Gegensatz zu Deutschen und Franzosen eine amerikanische Führungsrolle für wünschenswert, gegenüber dem Vorjahr hingegen fiel die Zustimmung von 64% auf 53% (in Deutschland von 68% auf 45%). Vgl. Transatlantic Trends 2003, <<http://www.transatlantictrends.org>>.

Ausblick

Die Länder Ostmitteleuropas wollen nach dem Diktum eines polnischen Beobachters »in Europa sein, damit Europa mit Amerika ist.«¹²³ Ihnen ist deswegen prinzipiell an einem geeinten, starken und handlungsfähigen Europa gelegen. Die Rolle destruktiver Trojanischer Pferde zahlt sich für sie deswegen nicht aus, weil eine strukturelle Spaltung Europas die transatlantische Gemeinschaft paralysieren könnte. Überdies könnte sich hieraus eine wachsende Neigung einiger Mitgliedsländer (darunter Deutschland und Frankreich) ergeben, innerhalb oder sogar außerhalb der EU eigene sicherheitspolitische Projekte zu verfolgen, an denen (zumindest in der Anfangsphase) nicht alle Mitglieder teilhaben würden. Derartige Vorhaben beziehungsweise Konstruktionen bergen für die Neumitglieder das Risiko, bei wichtigen sicherheitspolitischen Vorstößen ausgesperrt zu bleiben.

Erklärtes Ziel der ostmitteleuropäischen Außenpolitik ist es folglich, Situationen zu vermeiden, in denen sie zwischen »Vater« und »Mutter« entscheiden müssen, also für Amerika *oder* Europa (präziser für die Haltung einiger »europaorientierter« Partner in der EU) Partei ergreifen müssen.¹²⁴ Als »proeuropäische Atlantiker«¹²⁵ werden sie versuchen, sich als beste Verbündete Amerikas in Europa Gehör zu verschaffen, aber gleichzeitig in Amerika als vor allem proeuropäische Alliierte aufzutreten.¹²⁶ Im innereuropäischen

Dialog könnten sie dann eine Politik der »freundschaftlichen Nichtübereinstimmung« verfolgen.¹²⁷

Man sollte sich allerdings vor übermäßigem Optimismus hüten. Adaptive Europäisierung oder veränderte strategische Konstellationen führen nicht zwangsläufig zu einer Revision außen- und sicherheitspolitischer Positionsfestlegungen. Werden sie wirksam, so geschieht dies nur nach und nach. Wird der Blick nach vorne gerichtet und die Frage nach dem künftigen Verhalten der Neumitglieder gestellt, sollten daher zwei Zeithorizonte unterschieden werden.

Kurzfristig kann es zu Verhärtungen kommen. Insbesondere wenn sich massive Differenzen zwischen Europa und Amerika wiederholen sollten, wenn also der europäisch-atlantische Drahtseilakt mißlingen würde und die neuen Mitglieder sich nolens volens für oder gegen eine amerikanische beziehungsweise europäische Option entscheiden müßten, würden sie sich eher der amerikanischen Position zuwenden. Wenn überdies die Nato kontinuierlich verwässert würde und sich die USA sukzessive von Europa entfremden sollten, könnten die ostmitteleuropäischen Regierungen versuchen, sich außen- und sicherheitspolitisch *direkt* an Amerika zu binden. Bereits jetzt sind Ansätze derartiger Entwicklungen zu beobachten, etwa in Form von beschaffungspolitischen Entscheidungen und rüstungspolitischer Verflechtung. Hierher gehört die strategische Kaufentscheidung Polens zugunsten amerikanischer Kampfflugzeuge und der damit verbundenen Investitionszusagen. Auch die Etablierung direkter politischer Dialog- und Kooperationsplattformen, wie die 1998 unterzeichnete *U.S.–Baltic Charter*, die in der Vergangenheit eher ein Schattendasein führte, aber von amerikanischer Seite gerne im Format 1+3+5 zusammen mit den skandinavischen Staaten ausgebaut würde, ließe sich in diesem Kontext erwähnen. Das baltisch-amerikanische Dokument diente als Vorlage für eine Anfang Mai in Tirana unterschriebene *Adriatic Charter*, die von Albanien, Maze-

123 Robert Sołtyk, Europejskie dylematy polskiej dyplomacji [Europäische Dilemmata der polnischen Diplomatie], in: Gazeta Wyborcza, 12.5.2002.

124 So z.B. der slowenische Außenminister *Rupel*, Politika dveh stolov [Politik der zwei Tische], in: Delo, 16.2.2003.

125 So der Titel einer polnischen Debatte über die transatlantischen Beziehungen: Grzegorz Gromadzki/Olaf Osica, Proeuropejscy atlantyści: Polska i inne kraje Europy Środkowo-Wschodniej po wejściu do Unii Europejskiej. O Przyszłości Europy [Proeuropäische Atlantiker: Polen und andere mittelosteuropäische Staaten nach dem EU-Beitritt. Zur Zukunft Europas], Raport Fundacji im. Stefana Batorego Nr. 3, Juni 2001, <<http://www.batory.org.pl/ftp/program/forum/rap3pl.doc>>.

126 So die Formulierung des polnischen Parlamentariers Jan Maria Rokita, Debata Fundacji Batorego i »Tygodnika«. Polska między Europą a Stanami Zjednoczonymi [Debatte der Batory-Stiftung und des »Tygodnik Powszechny«. Polen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten], in: Tygodnik Powszechny, (26.8.2001) 34.

127 Roman Joch, Pražský summit: Nato na prahu druhořadosti [Der Prager Gipfel: Die Nato an der Schwelle zur Zweit-rangigkeit], in: Střední Evropa – revue pro středoevropskou kulturu a politiku. Sondernummer »Pražský summit Nato«, 18 (November 2002) 113, S. 111–118.

donien und Kroatien signiert wurde. Eine dritte Form der direkten Anbindung wäre die Verlegung amerikanischer Militärbasen auf das Territorium der neuen Mitgliedsländer. Die Diskussion hierüber kam durch Gerüchte über den angeblichen Abzug von US-Truppen aus Deutschland auf. In nahezu allen Ländern Ostmitteleuropas wurde diese Option überwiegend positiv aufgenommen. Eine vierte Möglichkeit wäre schließlich die Einbindung in das amerikanische Raketenabwehrprojekt NMD (National Missile Defense). Einige Politiker und Militärs aus verschiedenen ostmitteleuropäischen Ländern haben Interesse an einer aktiven Teilnahme an dem US-Programm signalisiert und wären auch bereit, Elemente des Raketensystems auf eigenem Territorium zu stationieren.¹²⁸

Parallel hierzu werden auf jeden Fall starke Ressentiments gegenüber der Fortentwicklung der ESVP weiterexistieren, sollte die ESVP zumindest potentiell aus einer transatlantischen Verankerung ausscheren beziehungsweise gegenüber der Nato autonom werden. Dies gilt insbesondere für die ausgeprägt proamerikanischen Beitrittsländer. Charakteristisch ist in diesem Zusammenhang die Diskussion über die Schaffung von Nato-unabhängigen Planungs- und Kommandostrukturen der EU, in der Polen streckenweise Positionen vertrat, die proamerikanischer waren als die atlantizistischen Großbritanniens.¹²⁹ Dies verdeutlicht, daß in der EU künftig Mitglieder präsent sein werden, die sich (zumindest im Rahmen eines kurzfristigen Zeithorizonts) auch für amerikanische Außenpolitik instrumentalisieren lassen könnten.

Langfristig hingegen wird sich eine Konvergenz in Richtung einer moderaten Differenz gegenüber den stärker europäisch orientierten EU-Mitgliedern ergeben. In Ländern, die bereits jetzt einen weniger

dezidierten Atlantizismus vertreten, werden diese Entwicklungen schneller Fuß fassen. Möglicherweise würden diese Länder Positionen ähnlich denen der Niederlande beziehen. Eine Harmonisierung wird sich auch dort einstellen, wo etwaige europäisch-atlantische Auseinandersetzungen um Themen geführt werden, die nicht unmittelbar den harten Kernbereich der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen betreffen. Das Abstimmungsverhalten der EU-Kandidatenländer in den Vereinten Nationen belegt, daß sich die Länder aus Ostmitteleuropa in den neunziger Jahren mehrheitlich europäischen Positionen angeschlossen haben.¹³⁰

Wann und wie sich diese Annäherungsprozesse durchsetzen werden, ist offen. Die Effekte werden aber vermutlich erst allmählich zutage treten. Die zu Beginn der Studie umrissenen Dialogfelder und Handlungsvorschläge könnten dazu dienen, solche Entwicklungen im europäischen Rahmen zu unterstützen.

Abkürzungen

CFSP	Common Foreign and Security Policy
ESDP	European Security and Defence Policy
ESVI	Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	Europäische Union
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
MAP	Membership Action Plan
Nato	North Atlantic Treaty Organization
NMD	National Missile Defense
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PAUCI	Poland–America–Ukraine Cooperation Initiative
PfP	Partnership for Peace
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
UNO	United Nations Organization
WEU	Westeuropäische Union

128 Der tschechische Außenminister Svoboda macht sich für eine »aktivere« Haltung seines Landes in der Frage der Raketenabwehr stark. In der neuen Sicherheitsstrategie des Landes wird sich vermutlich ein entsprechender Passus finden; Svoboda: ČR je připravena zapojit se do protiraketové ochrany [Svoboda: Die ČR ist bereit, bei der Raketenabwehr mitzumachen], in: ČTK, 30.7.2003. Zur polnischen Diskussion: *Osica*, W poszukiwaniu nowej roli [wie Fn. 37], S. 117ff.

129 Auf dem Brüsseler EU-Gipfel Ende Oktober 2003 leistete der polnische Außenminister nicht nur heftigeren Widerstand gegen die Stärkung der europäischen Verteidigungsdimension als die britische Seite, er tat angeblich sogar als einziger europäischer Politiker kund, daß er die Befürchtungen Washingtons teile; Robert *Sołtyk*, *Czy europejska obrona zagraża spójności sojuszu północnoatlantyckiego?* [Gefährdet die europäische Verteidigung den Zusammenhalt des Nordatlantischen Bündnisses?], in: *Gazeta Wyborcza*, 20.10.2003.

130 Paul *Luif*, *Empirische Analyse der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union am Beispiel des Abstimmungsverhaltens der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen*, Projektbericht an das Büro für Sicherheitspolitik, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien 2002.